Nr. 475

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

6.Mai 1999

K MA ALTA!
TENWANDERUNG
! ! !

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2^{50} DM

auswärts
3 DM

brother und sisters! am 1.Mai haben die powers wieder einmal erlebt was eine Harke ist; wa ey!

In Bremen trat die NPD wegen des Verbots im Zusammenhang mit der starken linken Mobilisierung gar nicht erst zur Demo an. Und kleinere Faschokundgebungen an Ausweichorten trübten (nach unserem bisherigen Kenntnisstand) das positive Bild kaum. Dagegen konnte die linksradikale Demo trotz Verbotes durchgesetzt werden. Was wollen wir mehr. Da fallen auch die vielen Bullenschikanen, Platzverweise gegen Linke u.ä. kaum ins Gewicht. Sowohl zu Bremen als auch zu Antifa-Aktivitäten in der Berliner Region wären wir neugierig auf nähere Infos.

Berlin: Trotz einzelner Neuerungen vermittelte das neu-alte Konzept der OrganisatorInnen den Eindruck, als hätte der Aufzug, trotz den drei Jahre Prenzelberg nie anders und an anderem Ort stattgefunden. Bewährte Genosssinnen und Genossen begrüßten dies. Sie fanden es in Kreuzberg einfach gemütlicher.

Trotz der prägnanten Aufforderung sich "pünktlich zwischen sechs und halbsieben" am O-Platz einzufinden überraschten die Organisatoren dann zunächst mit einer 'Demonstration neuen Typs' (Lenin ?). 'Stehen statt gehen' war die Devise, bis nach zwei Stunden stärkere Absetztendenzen die Gefahr aufkommen ließ, daß die geplante Vorhut der Demo eher die Nachhut stellen könnte. Wie schon die vergangenen Jahre überraschten die vielen (12-15000) und vor allem die vielen jüngeren TeilnehmerInnen. Oft entstand allerdings der Eindruck, daß viele - auch wir selbst - oft sehr unorganisiert und planlos auf der Demo rumgelaufen sind. Ketten z.B. gab es selten; (aktuelle) Parolen und Transpis waren so gut wie völlige Mangelware. Dafür haben sich die deutlich vertretene Gruppe der gar nicht so anonymen Alkoholiker längst als akzeptierter Teil des Gesamt-Events durchgesetzt. Ältere Gesichter sah man eher seltener, trotzdem die auf dem Tieflader aufgebaute ziemlich trendyge Band (tolle Idee übrigens!) auch abgeklärte Party-Autonome hätte überzeugen können. Eher wertkonservative MusikkritikerInnen hörte man wiederum murmeln, ob die Darbietung überhaupt als Musik bezeichnet werden könne.

Ihr geplantes Ziel erreichte die Demo leider nicht. Nach mehreren Geplänkeln am Kottidamm Ecke Bürkner prügelten die Bullen massiv in die Demo und veranlassten die Demoleitung zu relativ panikartiger Auflösung der Demo, obwohl mindestens ein Drittel noch in der engen Seitenstraße hingen. Für die war es dann kaum möglich an den Ort des Geschehens zu gelangen.

Im Anschluß daran ergaben sich dann abendliche Scharmüzzel die vor allem das Thema Bullen in den Mittelpunkt stellten. Mit unterschiedlicher Treffsicherheit allerdings. Während dessen war der inaktive Teil der Bewegung mit dem Bierglas in der Hand um einen guten Sichtplatz auf die Ereignisse bemüht. Da Vermummung nur sehr sparsam eingesetzt wurde, werden die Bullen noch ihren Spaß an der Videoauswertung haben.

Das insgesamt positive Bild wird noch dadurch abgerundet, daß RIM-RK und Co. die uns im Vorfeld dankenswerterweise von ewigen Nervereien und am Tag selbst vor ihrem Anblick verschont hat, auch mit ihrer Demo (ca. 1000 TeilnehmerInnen) immer mehr zu einem vernachlässigenswerten Faktor werden.

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: siehe oben
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Als Bilanz lässt sich also festhalten: Die Tendenz der Vorjahre setzt sich im wesentlichen fort. Bei aller Syympathie für eine Sonntagsausflugsathmosphäre mit Kribbeleffekt am Ende bleibt doch ein gewisser Mangel an politischer Bestimmung festzustellen. Zufällige Passanten hätten wohl Schwierikeiten gehabt die Demo irgendwie politisch einzuordnen.

Außerdem fragen wir uns warum es so sein muß, daß diejenigen ('Zusammenhänge' und Personen), die früher die demo(s) sehr stark geprägt haben, daran heute kaum noch mal teilnehmen wollen, wo andere das Bild bestimmen.
Ist für uns ein Mittelweg zwischen Wochen bzw. Monatelanger Dauerdebatte wie anfangs und oft völliger Abgegesessenheit heute nicht mehr gangbar? D.h. mit einem eigenen realistisch machbaren und wahrnehmbaren Beitrag zu dieser Demo beizutragen. Und ansonsten meinetwegen die gute Stimmung der revolutionären 1.Mai Demo zu genießen.

Zur aktuellen Blindgänger-Diskussion um die autonome Anti-Kriegs-Demo vom 24. April (vgl. JW-Hetze und Artikel von AKKA) und der Einschätzung von Milosevic und dessen Regime empfehlen wir Nachsitzen - aber reichlich. Wer inhaltlich Mitte der achtziger Jahre stehengeblieben ist und weder die autonomen Debatten um den neuen Internationalismus und Kritik gerade an nationalen Befreiungsbewegungen, noch die autonome Kritik an der PKK, RIM etc. noch die antistalinistischen Diskussionen und Positionsfindungen zur Kenntnis genommen hat, sollte besser schweigen. Wer/welche sich dennoch lächerlich machen will, kann allerdings nicht davon abgehalten werden.
Vielleicht könnt ihr auch mal antiimperialistisch erläutern, warum in Ländern, in denen 70 bzw. 40 Jahre lang kommunistische Parteien die Herrschaft ausübten, heute massenhaft Faschisten und Nationalisten sich tummeln. In dieser Analyse würde uns besonders der Anteil der Schuld deutscher Autonomer interessieren.
Samstag sollten wir uns auf der bundesweiten Anti-Kriegs-Demo sehen. Treffpunkt für einen linksradikalen autonomen Block ist um 12.00 Uhr der Nolli in Schöneberg. Damit es nicht wieder zu ethnischen Säuberungen a la Junge Welt kommt, treffen sich AKKA & Co. anscheinend zur gleichen Zeit am Rosa Luxemburg Platz
Für Himmelfahrt empfehlen wir: auf nach Hagen und zur Hölle mit Jäger 90/Die OlivGrünen!

ORDNER
Diskussionspap.: Kesselberg-Kommune (vgl. S.25-28)
Büchertip zum BSHG
l.u.p.u.s.-Gruppe zum Krieg
2 Texte zu/von den CCC (Belgien), in frz.
M. Camenisch zu seiner Situation im Knast (Italien)
Prozeßerklärung von Silvano Pelissero, Italien
Zeitungsartikel zu Army-Shops

INHALTE

Heraus zum revolutionären 1. mai!

Der revolutionäre 1. mai in berlin findet dieses jahr zum zwölften mal in folge statt.Es gibt kaum ein datum, das sowohl bei den herrschenden als auch bei den reformistInnen verschiedenster couleur soviel haß, aber auch furcht und beunruhigung hervorruft, wie dieser tag. Nachdem in den letzten drei jahren jeweils eine revolutionäre demonstration in kreuzberg und eine in prenzlauer berg stattgefunden hatte, gibt es in diesem jahr ein novum: es wird 1999 nach jahren der spaltungen wieder eine gemeinsame demonstration von gruppen aus dem autonomen, antifaschistischen, kommunistischen und internationalistischen spektum geben, die um 18 uhr am oranienplatz/kreuzberg beginnen wird.Dies ist für uns ein wichtiger schritt hin in die richtung eines gemeinsamen agierens der revolutionären linken in berlin. Jedoch ist es nicht gelungen, alle gruppen aus dem revolutionären 1. mai-bündnis, an dem auch wir uns in den vergangenen jahren beteiligt hatten, (oranienplatz 13 uhr), davon zu überzeugen, daß es wichtiger ist, eine solche einheit herzustellen, als aus gründen der tradition auf einer bestimmten uhrzeit zu beharren. So werden also voraussichtlich zwei demonstrationen am 1. mai am oranienplatz ihren ausgangspunkt haben. Wir halten dies zwar für schade, erklären aber ausdrücklich unsere solidarität auch mit denjenigen, die um 13 uhr demonstrieren wollen.

In diesem jahr stehen für uns zwei wesentliche faktoren im vordergrund der mobilisierung und auch der eigenen betroffenheit: der angriffskrieg der brd gegen jugoslawien, sowie die verschleppung von abdullah öcalan und die solidarität mit dem befreiungskampf des kurdischen volkes.

Zum ersten mal seit dem ende des 2. weltkrieges hat die brd unter führung der rot-grünen bundesregierung einen angriffskrieg gegen einen souveränen staat angefangen. Am 6. april 1941 fielen bomben der faschistischen wehrmacht auf belgrad, am 6. april 1999 sind wieder deutsche jagdbomber bei angriffen auf jugoslawien beteiligt. Dabei wurde u. a. auch das antifaschistische mahnmal bei kragujevac getroffen, das an ein dort von den nazis angerichtetes massaker, dem 7000 menschen zum opfer gefallen waren, erinnert. Zufall? War die bombardierung des internationalen schnellzuges am 12. April, bei der mindestens 10 zivilisten starben, ein zufall? Oder die bombardierung von heizkraft- und wasserwerken, brücken, wohnvierteln, chemie- und autofabriken? Oder die bombardierungen der flüchtlingstrecks am 14. April, bei denen 70 zivilistInnen starben? Wir glauben nicht an derartige zufälle, ebensowenig wie an die humanität von nato-bomben oder an die krokodilstränen grüner karrieristInnen. Das völkerrecht und die menschenrechte interessieren die herr- und damschaften der nato einen dreck, wie wir an den beispielen von osttimor, kurdistan, dem baskenland und nordirland, nicaragua, el salvador, guatemala und vietnam, den anderen lateinamerikanischen diktaturen gesehen haben. Es interessiert bei der nato auch niemanden, daß im irak tausende von säuglingen und kindern auf grund des embargos leiden und sterben, daß wegen der politik von iwf und weltbank millionen menschen auf der welt unter unmenschlichsten bedingungen existieren müssen. Das argument, dieser krieg werde für die menschenrechte geführt, ist nichts anderes als eine propagandalüge unter vielen, mit der die manipulation der köpfe für den krieg durchgesetzt werden soll. Die entdeckung der menschenrechte findet immer genau in dem moment statt, wo sie der durchsetzung der geostrategischen ziele des imperialismus

Nato angreifen, deutsche bomber raus aus jugoslawien!
Stoppt die verbrecher aller kriegsparteien!

Solidarität mit dem befreiungskampf des kurdischen volkes! Freiheit für abdullah öcalan und alle gefangenen revolutinärInnen in der türkei!

Der imperialistische türkische staat hat mit unterstützung der geheimdienste israels und der usa durch die kriminelle verschleppung von abdullah öcalan erneut unter beweis gestellt, daß er entschlossen ist, um jeden preis die kurdische befreiungsbewegung zu liquidieren.Dies beinhaltet die zerstörung kurdischer dörfer, permanente und klar völkerrechtswidrige militärische interventionen in den irak, das verbot und die kriminalisierung der (noch) legalen kurdischen opposition (z.b.HADEP) den schußwaffeneinsatz gegen kurdische demonstrantInnen auch in der türkei, ermordung und folterung von gefangenen freiheitskämpferInnen in der. türkei und kurdistan, verhaftung und verurteilung zu langjährigen haftstrafen sogar gewählter parlamentarierInnen. Die deutsche internationalistin andrea wolf ("ronahi") wurde im vergangenen jahr nach ihrer gefangennahme durch türkische soldaten brutal ermordet. Eva juhnke ("kani"), internationalistin aus der brd, wurde nach verhaftung zu 15 jahren kerker verurteilt und befindet sich zur zeit zusammen mit anderen revolutionären gefangenen im todesfasten. Der berlin-türkische internationalist cengiz ulutürk starb 1996 im kampf für ein sozialistisches kurdistan.

Weg mit dem PKK-verbot! Keine abschiebungen!

Die brd (damals noch unter der regierung kohl/kanther) hat mit dem verbot der PKK im jahr 1993 ihre komplizenschaft gegenüber dem türkischen völkermordsregime unter beweis gestellt. Dieses verbot machte den weg frei für diejenigen repressiven maßnahmen, die ja bekannt sind: verbot von demonstrationen und veranstaltungen der kurdInnen, angriff auf demonstrationen jeder art unter dem vorwand des zeigens "verbotener symbole", haussuchungen, verhaftungen und willkürliche verurteilungen von aktivistInnen und sympathisantInnen des kurdischen befreiungskampfes und auch deutscher unterstützerInnen, verbot und kriminalisierung von "pro-PKK-medien", abschiebungen in einen staat, in dem oppositionelle gefoltert und ermordet werden. Auf der anderen seite-dies ist freilich kein widerspruch- wird die türkei als wichtiger nato-partner wirtschaftlich, logistisch und militärisch vom brd-staat unterstützt. Deutsche waffen und panzer, z.T. dem nato-partner kostenlos aus ehemaligen nva-beständen zur freundlichen verfügung gestellt, terrorisieren und morden mit in kurdistan. An all diesen maßnahmen hat sich seit dem antritt der schröder/fischer-regierung, die sich selbst als rot-grün bezeichnet, nichts geändert. Innenminister schily (vor etwas mehr als zwei jahrzehnten noch verteidiger von gefangenen aus der raf) setzte sogar noch eins drauf, indem er nach den berechtigten protesten der kurdInnen nach abdullah öcalans verschleppung und dem massaker in und vor dem israelischen generalkonsulat in berlin im februar ankündigte, die von seinem vorgänger kanther verbotene PKK müsse nun "zerschlagen" werden. Gleichzeitig setzt er sich für eine "vereinfachte" abschiebung "kurdischer gewalttäter" in den folterstaat türkei ein. Von den nach den protesten gegen die verschleppung a. öcalans von der brd in die türkei abgeschobenen 15 kurden wurden 10 gefoltert, und 3 sind "verschwunden. Man (und dies bezieht sich sowohl auf die alte cdu/csu/fdp als auch auf die neue spd/ grüne regierung) schürt in der brd massiv rassistische vorurteile in der richtung, die "kurden sollen doch ihren krieg zuhause austragen, und nicht auf deutschen straßen". Aber: deutsche panzer, deutsches geld morden mit in der türkei und kurdistan! Unter "rotgrün" hat sich dabei nichts geändert. Die brd war und ist kriegspartei in kurdistan! Die brd-linke, sei sie primär antifaschistisch, antirassistisch und/oder antiimperialistisch, ist konkret gefordert, ihre eigenen ansprüche in praktische solidarität umzusetzen und dies nicht bei worthülsen bewenden zu lassen. Niemand kann oder soll sagen, er/sie habe "davon" nichts gewußt! Der 1. mai als internationaler kampftag gegen ausbeutung und unterdrückung weltweit ist ein guter anlaß, solidarität praktisch werden zu lassen, jedoch darf sich diese solidarität nicht auf den 1. mai beschränken!

Friede den hütten, krieg den palästen!
Regierungen innerhalb kapitalistischer machtverhältnisse können wechseln, an den ausbeutungs- und unterdrückungsverhältnissen ändert sich nichts. Durch die einführung der sogenannten öko-steuer wird zwar das autofahren teurer, der umweltfreundlichere öffentliche personennahverkehr aber auch. Die deutsche bahn-ag hat bereits angekündigt, die mehrbelastungen durch die "öko-steuer" voll auf die fahrpreise umzulegen. Auch die mietnebenkosten (die mittlerweile eine eigene "miete" sind) sollen/werden steigen. Im gegenzug werden aber die atomkraftwerke nicht stillgelegt, und es wird auch weitere kriminelle castor-transporte geben. Die "arbeitnehmerhaushalte" sollen ein paar steuervorteile erhalten (die sicherlich durch die auswirkungen der "öko-steuer" zum großen teil wieder aufgefressen werden), dafür werden auch die steuern für die kapitalisten gesenkt. Schließlich soll, wie die herrschenden sagen, der "wirtschaftsstandort deutschland" gestärkt werden, "um die arbeitslosigkeit zu senken". Eine farce, die profite der kapitalisten steigen trotz allen gejammers von ihrer seite immer stärker, neue arbeitsplätze entstehen nicht. Warum auch? Rationalisierung, globalisierung und neue technologien machen das überflüssig. Bei den durch die "öko-steuer" zu erwartenden preiserhöhungen ist von einer erhöhung der bezüge für sozialhilfeempfängerInnen oder arbeitslose freilich nicht die rede. Auf ihrem rücken sollen diese "neuerungen" ausgetragen werden: dem der nichterwerbstätigen, der normalen mieterInnen, dem der kinder aus mittellosen familien, dem der alleinerziehenden, die in aller regel frauen sind, dem der bezieherInnen geringfügigier renten, (die auch in aller regel frauen sind), dem der flüchtlinge und nicht kapitalkräftigen immigrantInnen, kurz gesagt, aller, die auch in der neuen regierung keine lobby besitzen. Der neue arbeitsminister riester (ehemals ig-metall-vorsitzender) kopiert neuerdings die vorlagen von tony blairs "new labour"-politik, die nichts anderes ist als die umsetzung repressiver neoliberaler prinzipien gegen alle, die gezwungenermaßen oder aus freier entscheidung aus den kapitalistischen produktions- und reproduktionsverhältnissen herausfallen: zwangsarbeitsdienste gegen jugendliche und erwachsene erwerbslose, bei verweigerung wird die sozial- oder arbeitslosenhilfe gekürzt oder gestrichen. Arbeitslose sollen nun schon nach 6 monaten in arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vermittelt werden können, (bisher waren es 12 monate), dies bedeutet nichts anderes, als bereits nach 6 monaten der arbeitslosigkeit gezwungen werden zu können, für 80 prozent des tarifes arbeiten gehen zu müssen. Gleichzeitig werden weiter reguläre arbeitsplätze weggestrichen und die verbleibenden beschäftigten zu immer höheren leistungen gezwungen. Als alternative droht der soziale absturz mit allen folgen. Die gewerkschaftliche basis, von der mit der neuen brd-regierung persönlich und politisch verklüngelten dgb-führung an der kandare gehalten, hält im wesentlichen den mund und auch ansonsten still. Sozialpartnerschaft lautete und lautet die devise der dgb-führung und aller bürgerlicher parteien seit inkraftsetzung der brd. Diejenigen, die sich dagegen wehr/ten, werden nach wie vor gemaßregelt, ausgeschlossen und/oder kriminalisiert, wie wir letztes jahr auch in berlin im rahmen der arbeitslosenproteste gesehen haben.

Gegen die hauptstadt der bonzen, banker und bullen!
Die versuche, berlin als "bundeshauptstadt" besenrein zu kehren, dauern ja nun schon seit einigen jahren an. Schließlich sollen die beamtInnen, die yuppies, die vertreterInnen der gesellschaftlichen "cremes" und des kapitals ein krawall- und demonstrations, ein hausbesetzer-, punk- und graffityfreies terrain vorgesetzt bekommen. in dem arme und verelendete menschen, flüchtlinge und des "deutschen nicht mächtige" arbeitsmigrantInnen die luxusboulevards, die einkaufstempel und die sauberen straßen und plätze einer deutschen hauptstadt des jahres 1999 nicht stören. Eine ganze reihe von berliner innensenatoren müßte sich auf die eine oder andere weise damit ab. dieses ziel zu erreichen. der letzte in dieser reihe war ex-general schönbohm. der vor wenigen monaten sein amt quittierte. An dieser rücktrittsentscheidung waren schönbohms erfahrungen mit der revolutionären bewegung in berlin nicht unwesentlich beteiligt. Schönbohms nachfolger, ex-geheimdienstmann eckhart werthebach, soll es nun besser oder wenigstens erfolgreicher machen. Daß der ex-geheimdienstler dem ex-general in sachen härte in nichts nachsteht, haben wir bei verschiedenen brutalen bullenübergriffen auf demonstrationen bereits erlebt, am stärksten durch die faktische verhängung des ausnahmezustandes über die ganze stadt nach dem massaker in und vor dem israelischen konsulat im februar dieses jahres. Wir sind aber zuversichtlich, daß aus werthebach in absehbarer zeit ebenfalls ein ex-innensenator werden könnte, der 1. mai kann ein wesentlicher schritt in diese richtung sein.

Kämpfen wir gemeinsam gegen krieg und imperialismus, ausbeutung und unterdrückung, faschismus, rassismus und patriarchat!
Am 1. mai gehört die straße uns!

kommunistische und autonome gruppen

Vier Nobelkarossen in Brand gesetzt

Hintergründe der Taten noch unklar – Staatsschutz ermittelt

Von Dirk Banse

Innerhalb von 20 Minuten brannten am Donnerstag früh in Berlin vier Nobelkarossen. Unbekannte Täter hatten sie in Brand gesetzt. Die Hintergründe der Tat sind noch unklar. Der Staatsschutz ermittelt. Vermutet wird, daß im Vorfeld des 1. Mai womöglich Autonome aus der linken Szene die Feuer gelegt haben.

Der erste Brandanschlag wurde gegen 0.05 Uhr auf einen in der Pappelallee in Prenzlauer Berg geparkten Porsche 944 verübt. Das Auto einer 38jährigen Anwohnerin brannte im Motorraum und an der rechten Fahrzeugseite. Das Feuer griff anschließend auf einen Renault-Lkw über, dessen rechte Seite ebenfalls beschädigt wurde.



Dieser „Rolls Royce" wurde von Unbekannten auf der Zehlendorfer Lindenstraße angezündet. Foto: I. News

Fünf Minuten später wurde auf dem Reinikkendorfer Spachtelweg der Mercedes E 200 eines 53jährigen in Brand gesetzt. Ein Anwohner hatte einen lauten Knall gehört und das Feuer entdeckt. Als die Feuerwehr eintraf, schlugen die Flammen aus dem Motorraum drei Meter hoch. Schadensbilanz: 70 000 Mark.

Gegen 0.20 Uhr brannte auf der Heilbronner Straße in Wilmersdorf der Mercedes S 420 eines 45jährigen. Die Flammen schlugen auch auf einen VW-Golf über. Schaden: 50 000 Mark.

Weitere fünf Minuten später mußte die Feuerwehr den brennenden Rolls Royce einer 61jährigen auf der Zehlendorfer Lindenstraße löschen. Die Schadenshöhe ist noch unbekannt.

Auf den Tag genau vor zwei Monaten hatten Unbekannte schon einmal zwei Autos in der Ollenhauerstraße in Reinikkendorf in Brand gesetzt.



Unbekannte Brandstifter zündeten vier Luxusautos an

Vier Luxusautos wurden in der Nacht zum Donnerstag von Unbekannten angezündet. Zwischen kurz nach Mitternacht und 0.30 Uhr brannten ein Porsche in Prenzlauer Berg, zwei Mercedes in Reinickendorf und in Wilmersdorf sowie ein Rolls-Royce (Foto) in Zehlendorf. Allein bei zwei Wagen entstand ein Sachschaden von rund 120 000 Mark. Wegen mutmaßlicher Brandstiftung und eines politischen Hintergrundes zum 1. Mai ermittelt derzeit der Polizeiliche Staatsschutz.

Polizei vereitelt Großaufmarsch der NPD

stg BREMEN, 2. Mai. Die NPD ist mit ihrer Absicht gescheitert, in Bremen eine „Revolutionäre 1.-Mai-Demonstration" mit 5000 Rechtsextremisten aus ganz Deutschland zu veranstalten. Nachdem ein linkes Bündnis angekündigt hatte, den Aufmarsch zu verhindern, hatte die Stadt zum Schutz vor Krawallen ein Demonstrationsverbot erlassen. NPD-Ersatzkundgebungen in Bremerhaven, Oldenburg und Hannover wurden ebenfalls untersagt.

Obwohl das Bremer Verbot auch Gegendemonstrationen betraf, zogen mehr als 2500 Linke durch Stadtteile mit hohem Ausländeranteil, um den Bewohnern ihre Solidarität zu zeigen. Die Polizei, die im größten Bremer Polizeieinsatz der Nachkriegsgeschichte 4500 Beamte aus neun Bundesländern und vom BGS bereithielt, stoppte den Zug zunächst. Sie ließ ihn dann aber als „Spontandemonstration" weiterziehen. Die Polizei hatte in mehreren Bundesländern Straßen und Bahnhöfe kontrolliert, um Rechte und Linke an der Fahrt nach Bremen zu hindern. Nach Angaben von Innensenator Ralf Borttscheller (CDU) wurden allein in Bremen 117 Personen vorläufig festgesetzt.

Einige hundert Rechtsextremisten wichen in andere Orte aus. In Ahrensburg und Quickborn bei Hamburg demonstrierten laut Polizei fast 500 Rechte zunächst ungehindert, bis die Polizei genug Kräfte gesammelt hatte, um einzuschreiten. In Nordrhein-Westfalen erteilte die Polizei Platzverweise für mehr als 100 Rechte wegen verbotener Ersatzveranstaltungen. In Oldenburg wies sie 30 nordrhein-westfälische Rechte aus der Stadt. In Gera wurden Agenturen zufolge 50 Rechtsextremisten vorläufig festgenommen.

Kundgebung gegen Krieg und Nato

BERLIN (Tsp). Am Wochenende gab es zwei Demonstrationen gegen den Militäreinsatz der Nato in Jugoslawien. Am Freitag abend endete eine 30köpfige Versammlung in den Potsdamer-Platz-Arkaden nach einem Handgemenge und dem Werfen von Farbeiern mit vier Festnahmen durch die Polizei. Gestern zogen nachmittags ungefähr 400 Menschen mit Transparenten vom Kleistpark zur Straße Unter den Linden. Die Demonstranten forderten die Abschaffung der Nato. Am Potsdamer Platz hielten sie eine Zwischenkundgebung ab. Zu den Veranstaltern gehörte das Autonome Plenum gegen den Krieg.



GEGEN DEN KRIEG demonstrierten gestern rund 400 Berliner am Potsdamer Platz. Foto: Pein

Monsanto geht langsam die Luft aus

■ Weltweit steht der US-Gentech-Multi unter Druck: Widerstand gegen Produkte durch Bauern und Verbraucher. Die Aktien des Unternehmens gehen in den Keller

Berlin (taz) – Gentechnik-Aktivisten aus aller Welt haben eine Lieblingsfirma: Monsanto. Mit *global days of action* wollen sie den Gentechnik-Multi vom 15. bis 30. April das Fürchten lehren. Die Aktionstage werden das „Microsoft der Gentechnik" wohl nur wenig beeindrucken: Es geht ihnen auch jetzt schon richtig schlecht. Als „größte PR Katastrophe seit Brent Spar" bezeichnete die *Financial Times* die Einführung von Monsantos Gentech-Soja in Europa, und der stellvertretende Monsanto-Chef Hendrik Verfaille erkannte: „Greenpeace und Konsorten machen einen erheblich besseren Job als wir."

Die letzte Hiobsbotschaft für Monsanto kam Anfang der Woche von den führenden US-Großhändlern ADM und A. E. Staley. Sie werden keinerlei Mais aufkaufen, der nicht in der EU zugelassen und Gentech-frei ist. Verträge über 200 Millionen Dollar gingen den US-Händlern im vergangenen Jahr im Streit um den Gen-Mais verloren.



Seit drei Wochen wenden sich nicht nur EU-Bürokraten, sondern auch eine Allianz von europäischen Supermärkten mit einem Gesamtumsatz von über 200 Milliarden Mark gegen die Gentech-Industrie. Auch in Brasilien, dem zweitgrößten Soja-Exporteur der Welt, haben Monsantos Wunderbohnen, die gegen das hauseigene Pestizid Roundup unempfindlich sind, derzeit schlechte Karten. Die längst erwartete Zulassung wird vom Umweltministerium bekämpft. Der größte Soja-Staat des Landes, Rio Grande del Sul, hat sich zur „gentechnikfreien Zone" erklärt und gedroht, die Monsanto-Anpflanzungen zu verbrennen.

Verbrannt sind auch die meisten Test-Felder von Monsanto in Indien, wo der Konzern mit Gentech-Baumwolle Fuß fassen will. Man habe Monsanto eine Woche Zeit gegeben, das Land zu verlassen, erklärte der Führer des 10 Millionen Mitglieder zählenden Bauernverbandes KRRS. Nach Ablauf der Frist legten die Bauern Feuer. Besonders verübelt wird Monsanto hier das Saatgut mit „Terminator"-Technologie, dessen Ernte durch einen gentechnischen Trick unfruchtbar ist.

Die Schwierigkeiten scheinen den Konzern auch zu Hause einzuholen. Konnte eine biodynamische Torte im Gesicht des Monsanto-Chefs Bob Shapiro Ende letzten Jahres noch als Einzeltat abgetan werden, so ist die Ankündigung von US-Landwirtschaftsminister Dan Glickman, seine Behörde verfolge mit Sorge den fortschreitenden Konzentrationsprozeß auf dem Agrarmarkt, erheblich ernster zu nehmen. Nach wie vor fehlt Monsanto die Genehmigung für den letzten Großaufkauf des Saatgutunternehmens „Delta and Pine Land", der den Konzern an den Rand der Marktbeherrschung bei Mais und Baumwolle brächte.

Daß dem Unternehmen auch das Geld ausgehen könnte, befürchten schließlich die Auguren der Wall Street. Nach einem Jahresverlust von 250 Millionen bei 8,6 Milliarden Dollar Umsatz 1998 und einer gescheiterten Fusion mit „American Home Products" gingen die Aktien in den Keller. Monsantos Kreditwürdigkeit wurde deutlich zurückgestuft. Derzeit stößt der Konzern große Teile seines Imperiums ab und entläßt 1.700 Mitarbeiter.

Benny Härlin

Der Autor (42) war tazler von 80 – 83 und ist jetzt Gentech-Koordinator bei Greenpeace

SERBEN RAUS, ABER SCHNELL?

Ein Nachtrag zur autonomen Anti-Kriegs-Demo vom 24. April 1999

Schon das Flugblatt zur autonomen Anti-Kriegs-Demo am 24. April war eine geradezu erstaunliche geistige Kapitulation: Um ja nicht zwischen alle Stühle zu geraten bzw. sich zum Inhalt der "humanitären Intervention" im Kosovo äußern zu müssen, wurde dort vorsichtshalber gleich gar keine Position zum Krieg formuliert - außer einer Banalität, die gerade noch als absoluter Minimalkonsens der Kriegsgegner jeglicher Couleur gelten darf: daß man gegen den Krieg sein müsse, weil von ihm immer nur die Falschen (Daimler etc.) profitierten. Kein Wort darüber, wer diesen Krieg praktisch und ideologisch in erster Linie zu verantworten hat, nämlich Deutschland, und dabei in allererster Linie jenes rot-grüne Milieu, dessen Repräsentanten jedes Mittel recht ist, wenn es nur um die Durchsetzung von Menschen- bzw. Völkerrechten geht. Ebenso keine Aussage dazu, wer da von den NATO-Angriffen eigentlich betroffen ist, nämlich jenes Jugoslawien, dessen Bevölkerung nun schon zum dritten Mal in diesem Jahrhundert das target für deutsche NationalistInnen abgibt und in der deutschen Kriegspresse schon immer als die Personifizierung von weder zum Einhalten zivilisatorischer Standards noch zur sauberen Kriegsführung (Partisanen!) fähigen Untermenschen galt.
Leider trog der Schein, daß es sich bei den OrganisatorInnen der Demo lediglich um einige zu keinerlei Aussage fähigen Schnarchsäcke handelte, dann doch. Das zeigte sich bereits am Treffpunkt am Kleistpark, wo dem unbedarften Neuankömmling allein schon die räumliche Distanzierung der Autonomen von den serbischen Demonstranten ins Auge fiel. Die verbale Distanzierung ließ nicht lange auf sich warten. Neben diverser Anpöbelei von Seiten des autonomen Fußvolks wurde den Serben über Lautsprecherwagen die von Milosevic angerichteten "Blutbäder" im Kosovo vorgehalten und definitiv zum Einrollen der jugoslawischen Fahnen und zum Einpacken von Milosevic-Bildern aufgefordert. Da die serbischen Demonstranten nur verwundert um sich blickten, ansonsten aber zum Einrollen der Fahnen keine Anstalten machten, folgte die offizielle Aufkündigung einer gemeinsamen Demo mit dem Serbenblock: Der Lautsprecherwagen zuckelte entschlossen von dannen, die Autonomen eilten ebenso entschlossen hinterher und ließen die serbischen Demonstranten am Kleistpark zurück. Auch das sollte erwähnt werden: daß ein autonomer Kapuzenmann einer Gruppe serbischer Demonstranten den Hitler-Gruß zeigte und sich auf diese Weise in die Schar der rot-grünen "Milosevic = Hitler" - Kriegshetzer von ganz links einreihte.
So blieb es der autonomen Demo vorbehalten, geschafft zu haben, was sämtliche Organisatoren von Ostermärschen etc. - trotz geradezu erpresserischen Drucks vor allem von Seiten der taz - nicht wollten oder nicht zustandebrachten: nämlich die Serben en bloc aus der Demo zu entfernen. Nichts war den VeranstalterInnen offenbar schlimmer als die Vorstellung, von den Kritikern des serbischen Nationalismus à la taz als "Serbenfreunde", also (angesichts eines NATO-Angriffskriegs!) als Verfechter der staatlichen Souveränität Jugoslawiens entlarvt zu werden. Das Abhängen der serbischen Demonstranten wurde von Teilnehmern der autonomen Demo denn auch noch als strategischer Erfolg verbucht - als hätte man sich bereits Schröders Ausspruch "Ausländer raus, aber schnell" in leicht abgewandelter Form zu eigen gemacht.
Die Begründung für das miese Verhalten: Man sei ja schließlich gegen alle Nationalismen. Es ist schon eigenartig, daß nun auch Autonome, die bislang nicht durch antinationale Kritik aufgefallen sind, sich den medial vorgegebenen antiserbischen Grundton zu eigen machen. Haben Autonome jemals Probleme damit gehabt, sich für (Befreiungs-) Nationalismen jeder Art stark zu machen und "Hoch die internationale Solidarität" mit allem und jedem zu skandieren, wann und wo auch immer sich Widerstand gegen eine Politik des Imperialismus regt? Das Schwenken von kurdischen Fahnen und das Tragen von Apo-Öcalan-Plakaten war noch nie ein Grund für eine Distanzierung von kurdischen Demonstranten geschweige denn zur Beendigung einer gemeinsamen Demo gewesen (und sollte es - bei aller Kritik an PKK & Co. - auch zukünftig nicht sein).
Daß man nun ausgerechnet am serbischen Beispiel den Antinationalismus entdeckt und gegenüber den NATO-Angriffen de facto zum Hauptwiderspruch erklärt, zeigt deutlich genug, was von der sonst so energisch verfochtenen internationalen Solidarität zu halten ist. Parallelen zu dieser Entsolidarisierung lassen sich unschwer bei dem alljährlichen Streit um den 1. Mai erkennen. Das Ausbooten der ausländischen GenossInnen von der 13-Uhr-Demo am Oranienplatz haben Berliner Autonome in den letzten Jahren immer wieder geschafft - mit der Begründung, daß es sich bei den dort versammelten türkischen und kurdischen Gruppen schließlich um maoistische und stalinistische Sekten handele. Auch mit dieser öffentlichen Distanzierung liegt man im Trend. Nicht weil man sich mit stalinistischer und maoistischer Ideologie jemals beschäftigt hätte und eine Ablehnung jenseits von Lobgesängen auf die Demokratie begründen könnte, sondern weil man ein sicheres Gespür dafür hat, was angesichts des aktuellen Geschichtsdiskurses gerade opportun ist und was nicht. Auch deutsche Autonome wollen sich nicht nachsagen lassen, daß sie es mit potentiellen Gulag-, KZ- oder was-auch-immer-Betreibern hielten. Lieber halten sie es mit einer deutschen Öffentlichkeit, für die Gulag und KZ sowie Kommunisten und Serben ohnehin das gleiche und letztere schon allein aus Gründen nationaler Gerechtigkeit - 1945 wir, 1999 ihr - in Schutt und Asche zu bomben sind.

AKKA (AK Kritische Autonome)

Das Allerletzte (aus technischen Gründen auf Seite 8):

JW 26.4.

Bullen des Tages

Kreuzberger Autonome

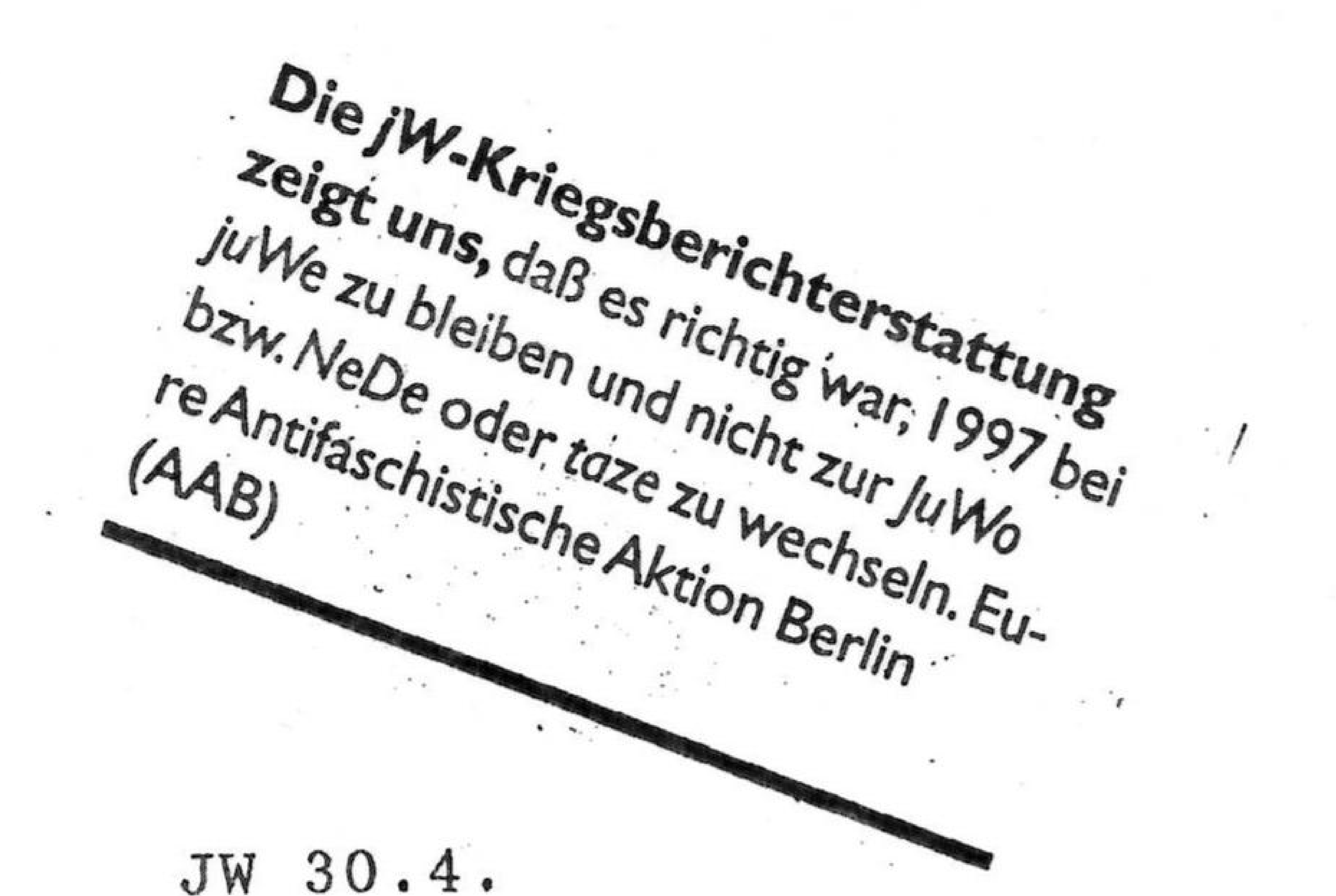


Was am Sonnabend auf dem Berliner Kleistplatz geschah, war ein frecher Anschlag auf das Recht auf Demonstration und freie Meinungsäußerung. Es war zudem die perfide Fortsetzung einer Taktik, Kundgebungen zu illegalisieren, wenn darin verbotene Symbole auftauchen, zum Beispiel die PKK-Fahne. Diesmal waren es serbische und jugoslawische Flaggen sowie ein Milosevic-Porträt, die von der Obrigkeit als höchst anstößig empfunden wurden. Doch es war nicht die Berliner Polizei, die ein deutsches Verbotsgesetz exekutierte, das in diesem Fall ja auch gar nicht existiert, es waren die aus »autonomen Zusammenhängen« kommenden Veranstalter einer Demonstration, die vorgeblich gegen den Krieg der NATO gerichtet war.

Jugoslawen, die in dem naiven Glauben gekommen waren, um mit »deutschen Freunden« ein gemeinsames Anliegen zu vertreten, sahen sich bei der Eröffnungskundgebung plötzlich auf das wüsteste beschimpft. Wer nationalistische Symbole, lies: die Nationalflagge der Opfernation des NATO-Krieges sowie das Porträt eines »Massenmörders« mittragen wolle, könne dies ruhig tun. In Belgrad, aber nicht in Berlin. Denn wer zu Milosevic schweigt... Die folgende Darstellung »serbischer Verbrechen« hätte ein Scharping nicht schlechter erfinden können. Jugoslawen und deutsche Antimilitaristen meinten, in eine UCK-Kundgebung geraten zu sein. Was autonomen Kritikern des Krieges gegen Jugoslawien mißfällt, ist einzig die fehlende Intelligenz von NATO-Bomben, gute Albaner von bösen Serben zu unterscheiden. Damit war die Spaltung vollzogen, die Autonomen-Demo ethnisch gesäubert. Deutsche, die mit dem Jugo-Block und nicht mit dem deutsch-autonomen Mainstream marschierten, wurden als Milosevic-Knechte denunziert.

Die Demo-Säuberer sind die gleichen, die ungebeten jede linke Demonstration beehren, um fortschrittliche Anliegen zu blamieren. Der Staatsschutz weiß, was er an seinen schwarzen Kolonnen hat. (wp)

Und das Hinterletzte :



Die jW-Kriegsberichterstattung zeigt uns, daß es richtig war, 1997 bei JuWe zu bleiben und nicht zur JuWo bzw. NeDe oder taze zu wechseln. Eure Antifaschistische Aktion Berlin (AAB)

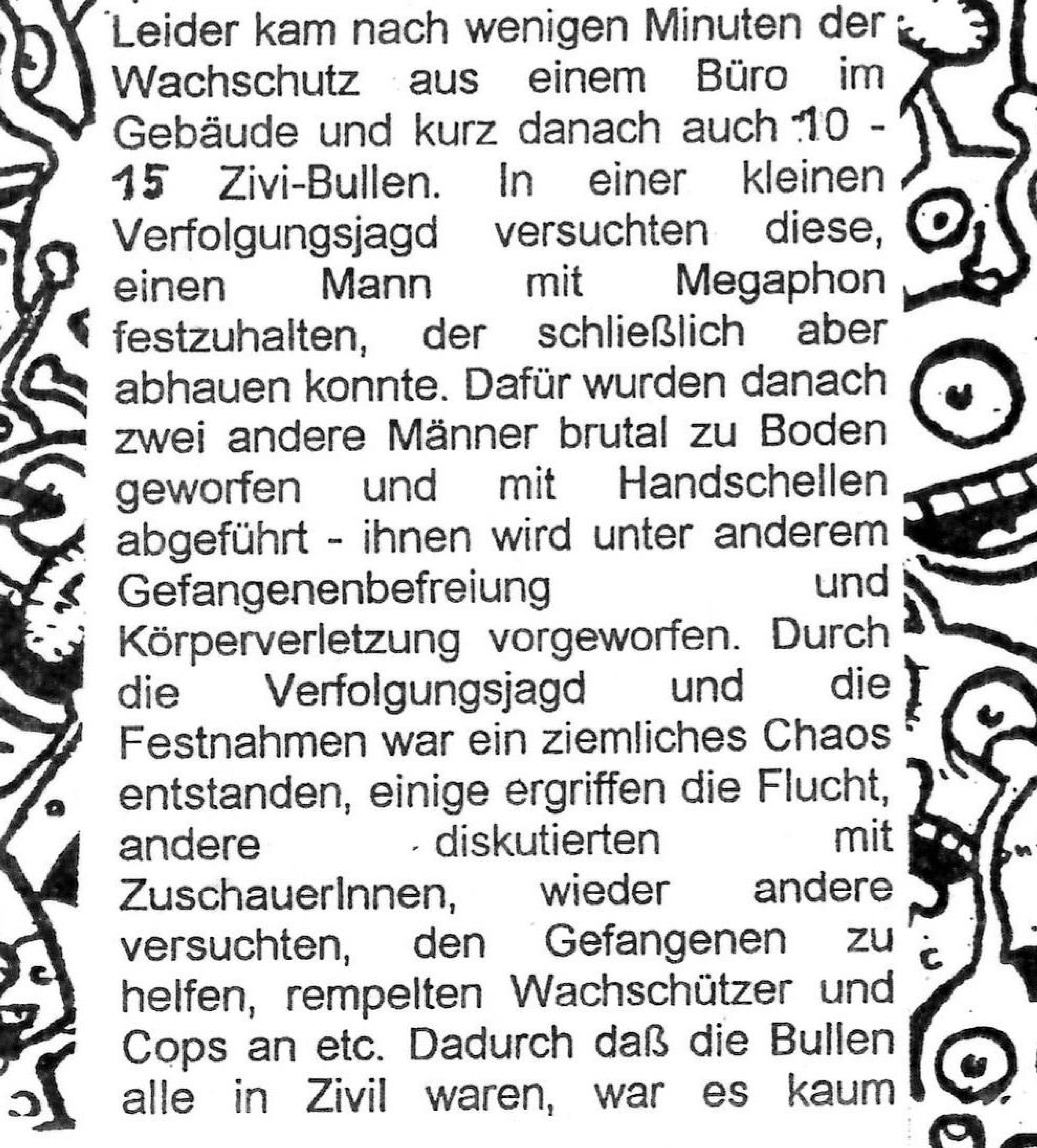
JW 30.4.



Zur Anti-Kriegs-Aktion in den Potsdamer-Platz-Arkaden am 23. April

Rund 30 Leute haben sich am Freitag den 23. April um 17 Uhr zu einer Anti-Kriegs-Aktion am Potsdamer Platz getroffen. Die Idee war, die Architektur des neuen Einkaufszentrums zu nutzen, um in einem kleinen nicht so aufwendigen Spektakel, viele Leute zu erreichen. Dazu wurde von der Balustrade der ersten Etage Transparente (Sabotiert die deutsche Kriegsmaschinerie! Gegen Nato-Krieg, Nationalismus und Vertreibung) gehangen, Flyer und zu Tornados gefaltete Flugblätter geworfen sowie einige Mehlbeutel. Alles wurde mit einem Sirenenton und Sprechchören - Deutsche Waffen, Deutsches Geld.... - begleitet.

Diese Aktion im rausgeputzten, sterilen Konsumtempel erregte erstmal einige Aufmerksamkeit, viele



PassantInnen schauten zu und falteten Flugblätter auseinander. Natürlich gab es auch negative Reaktionen, doofe Sprüche etc.

Leider kam nach wenigen Minuten der Wachschutz aus einem Büro im Gebäude und kurz danach auch 10 - 15 Zivi-Bullen. In einer kleinen Verfolgungsjagd versuchten diese, einen Mann mit Megaphon festzuhalten, der schließlich aber abhauen konnte. Dafür wurden danach zwei andere Männer brutal zu Boden geworfen und mit Handschellen abgeführt - ihnen wird unter anderem Gefangenenbefreiung und Körperverletzung vorgeworfen. Durch die Verfolgungsjagd und die Festnahmen war ein ziemliches Chaos entstanden, einige ergriffen die Flucht, andere diskutierten mit ZuschauerInnen, wieder andere versuchten, den Gefangenen zu helfen, rempelten Wachschützer und Cops an etc. Dadurch daß die Bullen alle in Zivil waren, war es kaum

möglich, einen Überblick über die Situation zu bekommen. Nachdem die Gefangenen weggebracht waren, zerstreuten sich die Übriggebliebenen schließlich und es wurde ein Treffpunkt verabredet. Auf dem Weg zur S-Bahn wurden dann zwei weitere Frauen von Zivis plötzlich und brutal überwältigt und festgenommen. Dies kam sehr überrschaend, da die ganze Aktion mittlerweile seit fast einer halben Stunde beendet und der Ort einige hundert Meter entfernt war. Den beiden Frauen wird unter anderem versuchte Gefangenenbefreiung, Hausfriedensbruch,
Sachbeschädigung und Widerstand vorgeworfen. Parallel dazu wurden andere AktionistInnen, die mit dem Fahrrad unterwegs waren, von Bullenwannen verfolgt und konnten nur mit Glück und Geschwindigkeit davonkommen. In den Arkaden selbst wurden zwei weitere Frauen wegen ASOG festgenommen, einer von ihnen wurden dann aber doch konkrete Vorwürfe wie Hausfriedensbruch gemacht.
Die Festgenommenen wurden ED-behandelt und nach einigen Stunden wieder freigelassen.

Zu unserer Auswertung
Die ganze Aktion war recht kurzfristig vorbereitet, so daß im Vorfeld kaum Zeit war, über genauere Verhaltensweisen beim Auftauchen von Bullen etc. zu reden. Dazu kommt, daß nicht alle Beteiligten persönlich bei der Vorbereitung waren, was zwar so gedacht war, allerdings schien die Vermittlung durch die Delegierten nicht so gut gelaufen zu sein. So kam es, daß es bspw. Keine genaueren Absprachen über Zeitpunkt und Form des Abzugs gab, was zu besagtem Chaos führte. So versuchten viele gleichzeitig auf der einzigen abwärts-Rolltreppe zu entkommen, während der Megaphon-Mann - um den sich keine besondere Schutz-Gruppe kümmerte - nicht rechtzeitig auf die Rolltreppe kam. Bei der folgenden Jagd versuchten einige, die andere Rolltreppe wieder hochzufahren, um einzugreifen, andere rannten zur S-Bahn undsoweiter. Als später die beiden anderen Männer festgenommen wurden, standen die meisten von uns sehr lange unschlüssig drumherum, weil sie die beiden nicht mit den brutalen Cops alleine lassen wollten. In der Nachbesprechung haben wir festgestellt, daß wir dieses Verhalten eher von Demos kennen - „wir gehen hier nicht weg, ehe nicht die Gefangenen frei sind" - daß wir aber in der Situation nicht schnell genug umgeschaltet hatten um festzustellen, daß das Kräfteverhältnis ganz und garnicht zu unseren Gunsten war. Offensichtlich hatten die Bullen aber in den Arkaden erstmal nicht vor, noch mehr Leute festzunehmen - zum Glück, denn das wäre ihnen nicht schwer gefallen. Aufgrund von dieser Erfahrung beeilten sich viele nicht besonders mit dem Wegkommen, denn die Situation schien ja wieder entspannt. So konnte es zu den beiden weiteren Festnahmen auf dem Weg zur S-Bahn kommen.

Was wahrscheinlich alle wußten, was von uns aber auch nicht thematisiert wurde, war die Kameraüberwachung der Arkaden. So ließen die Bullen gegenüber den Festgenommenen verlauten, daß sie sowieso alles auf Video-Band hätten.

Nach unserer Einschätzung finden wir es eher unwahrscheinlich, daß die Bullen vorher schon von der geplanten Aktion wußten. Sie waren in der Situation zwar überraschend schnell und in großer Zahl anwesend, wir denken aber eher, daß in dieser Gegend (Potsdamer Platz, Reichstag, Brandenburger Tor...) einfach viele unterwegs sind.

Unser Fazit ist, daß solcherlei Aktionen an so „heiklen" Punkten wie dem gutbewachten Potsdamer Platz gut und nötig sind und Aufsehen erregen. Wir sollten es uns nicht gefallen lassen, daß die Herrschenden diese Orte als Tabu-Zonen für unsereins erklären. Allerdings wollen wir uns künftig mehr Zeit für die Vorbereitung und Diskussion über den genauen Ablauf machen, auch über Ängste und Unsicherheiten einzelner hätte genauer geredet werden können/sollen. So wären viele angesichts derVielzahl und dem plötzlichen Erscheinen und brutalen Auftreten der Bullen vielleicht weniger überrascht gewesen und hätten nach besserer Vorbereitung anders reagieren können.

Falls ihr Festnahmen beobachtet habt, schreibt ein Gedächtnisprotokoll und meldet euch beim EA: 69 2 22 22.

Kein Kriegsparteitag

Antikriegsvollversammlung !

Am Himmelfahrtstag findet in Hagen der Sonderparteitag der Regierungspartei Jäger 90 / Die Grünen statt. Aus der Sicht des Parteiestablishments soll es an diesem Tag und Ort zum medialen Show-down zwischen neuem und altem „Pazifismus", zwischen den BefürworterInnen des „gerechten Krieges" und den prinzipiellen KriegsgegnerInnen kommen. Und dabei glauben sie jetzt schon zu wissen, wie diese Show ausgehen wird, wenn sie in ihrer Einladung schreiben, daß „wir alles tun (wollen), um einen guten Verlauf und ein klares positives Ergebnis zu ermöglichen." So denken die sich das also. Das wir (nicht nur) da nicht mitspielen, ist sonnenklar. Mit unserem donnernden `Nein´ sowohl zu dieser Show als auch dem NATO-Angriffskrieg werden wir dafür sorgen, daß es an diesem Tag und Ort für Jäger 90/Die Grünen kein `positives Ergebnis´ geben wird!

Die Grünen sind Kriegspartei !

Die Entscheidung für diesen Angriffskrieg wurde vor zwei Monaten getroffen, ebenso der Entschluß, diesen Schritt unter allen Umständen zu legitimieren und gegen jegliche Widerstände und Bedenken durchzusetzen. Seitdem läuft die NATO-Militärmaschinerie, werden die schon vor einem Jahr in den Kommandozentralen definierten Ziele - Krankenhäuser, Brücken, Eisenbahnen, Chemiefabriken und Raffinerien – durchbombardiert. Die Folge des dritten Angriffskrieges in diesem Jahrhundert gegen Jugoslawien, beziehungsweise Serbien ist der Tod unzähliger ZivilistInnen und die ökonomische, infrastrukturelle und kulturelle Zerstörung des Landes. Beiläufig werden Serbien und ein schon längst vorgesehenes Protektorat Kosovo durch den Krieg völlig abhängig von westlichen Kreditgebern und Investoren. Der Krieg auf dem Balkan ist Teil einer Geschichte der Neuordnung Osteuropas nach der Auflösung der Sowjetunion mit dem Ziel, den Macht- und Einflußbereich der NATO-Staaten bis nach Asien zu erweitern. Die verheerenden sozialen Folgen tragen die Bevölkerungen der neu entstandenen Staaten.

In der Darstellung der "humanitären Katastrophe" verschwindet die Geschichte der polit-ökonomischen Strategien und Zusammenhänge. Die BRD war federführend an der Zerschlagung und ethnischen Neugliederung Jugoslawiens beteiligt. Kosovo-AlbanerInnen, die hierzulande bisher "Kriminelle" oder "Drogendealer" hießen und nicht "Opfer ethnischer Säuberungen" kann es noch immer geschehen, daß sie in den Kosovo abgeschoben werden sollen. Die europäischen Grenzen sind so gut wie dicht für die vielbedauerten Flüchtlinge, deren mitleiderregende Bilder in den Lagern zudem benötigt werden, um täglich neu die Legitimation für diesen imperialistischen Krieg zu konstruieren. In der Konkurrenz der westlichen Staaten darum, wer internationales Recht schreibt und durchsetzt, erscheinen die Opfer der feindlichen Macht im Licht der überlegenen Definition: gemeint sind nicht die 200.000 SerbInnen, welche unter Tudjman vertrieben wurden, auch nicht die Menschen in Guatemala, Kurdistan oder Ost-Timor, sondern die vertriebenen Kosovo-AlbanerInnen, deren "Menschenrechte" nun geschützt werden sollen. Der Realismus der Humanität trennt nicht zwischen den Opfern weltweiter Machtpolitik und den Strategen der Weltordnung im Namen von Demokratie und Freiheit, sondern vereint beide im Bild der "humanitären Katastrophe" gegen die letzten Tyrannen dieser Welt. In dieser Logik erklären die selbsternannten Retter der Humanität den Krieg zum leider unausweichlichen Mittel, nachdem die BR Jugoslawien die Aufforderung zur vollständigen Kapitulation in Rambouillet und Appendix B verweigert hat. Eigentlich haben sie "große Probleme mit dem Wort Krieg" (Scharping FR 27.03.1999), wissen aber gleichzeitig, daß es nun um gerechte Gewalt und "Entschlossenheit" (Fischer) geht, auch "bedauernswerte Nebenfolgen" möglich sind und Deutschland nun wieder mit "dabei" ist. Nicht nur die Grünen sind "erwachsen" geworden, auch die breite Öffentlichkeit

beweist, wie lautlos und einfach Krieg und Machtpolitik praktiziert und gleichzeitig über Humanität und Menschenrechte diskutiert werden kann. Die Menschen, um die es dabei angeblich geht, werden so lange auch geduldet, zumindest in kleinen "Kontingenten" und sind aber doch jederzeit abschiebbar.

Eine neue Qualität der Auschwitz-Leugnung

Rot-grüne RegierungspolitikerInnen nutzen den Krieg um endgültig und von "links" mit der deutschen Geschichte abzuschließen und überbrücken dabei eigene Legitimationsnot mit einer neuen Qualität der Auschwitz-Leugnung. Sie bezeichnen die aus dem Kosovo außer Landes Flüchtenden oder Vertriebenen als Deportierte und setzen sie so mit den systematisch in den Gaskammern ermordeten Juden, Sinti und Roma in eins. "Selektion" als Kennzeichnung der gewaltsamen Trennung von kosovo-albanischen Familien durch die jugoslawische Armee verharmlost die millionenfache Selektion in den Tod in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern. In einem Krieg, der Hitler, die Nazis und Auschwitz exterritorialisiert, können der Ex-Juso Rudolf Scharping und der Ex-Autonome Joschka Fischer frei von Angst vor Repression militante Antifaschisten sein. Die enttäuschten Menschenfreunde, die wohlmeindend waren und betrogen wurden, können nun nicht anders, als zuzuschlagen. Die Selbststilisierung als Opfer - Angelika Beer der Grünen, verfügt über ein leidendes Gewissen, das ihr des Nachts den Schlaf raubt - ist für deutsche TäterInnen ein Essential.

Für die Grünen geht es bei diesem Parteitag um den eigenen Fortbestand. Integrationsbereit soll versucht werden, den KriegskritikerInnen weiterhin ein Plätzchen im großen Herzen der Partei einzuräumen. Es ist erlaubt, gegen den Krieg und grün zu sein, solange diese Position minoritär ist. So will sich die kriegsführende Partei weiterhin als Regierung wie als Opposition entwerfen. Dies gilt es zu verhindern. 1999 am Himmelfahrtstag in Hagen zu demonstrieren hat das Ziel, radikal die rot-grüne Kriegs- und Friedenspolitik zu demontieren.

Zeit, sich gegen die herrschenden Zeiten Zeit zu nehmen! Energisch gegen den Normalzustand!

Wir rufen zur Besetzung der Stadthalle Hagen und zur Verhinderung des Grünen Kriegsparteitags auf. Es gibt keine Legitimation für eine Debatte über das Für und Wider eines NATO-Angriffskrieges. An die Stelle der von den Grünen beabsichtigten Machtabsicherung wird eine Antikriegs-Vollversammlung mit allen KriegsgegnerInnen treten, die die militärischen ebenso wie die zivilen Methoden neoliberaler Politik zum Thema machen. Bereitet euch mit eigenen Beiträgen auf diese Diskussion vor!

* Am 13. Mai 1999 in der Stadthalle Hagen, ab 7.00 Uhr – open end *

Gemeinsamer Treffpunkt 7.00 Uhr, Wasserloses Tal / Ecke Volmetalstraße. Für den Fall, das dieser direkte Zugang zur Stadthalle morgens abgesperrt ist, ist Treffpunkt der Platz vor dem Kinokomplex *Cinestar*, zwischen Springe und Frankfurter Straße.

Sollten wir unverschämter Weise mit Gewalt darin gehindert werden, in die Halle zu gelangen, die wir für das erste große öffentliche Anti-Kriegs-Plenum in der BRD brauchen, rufen wir zur Blockade auf. Kommen wir nicht `rein, sollen auch die 750 Oliv-Grünling-Delegierten nicht `rein kommen! Die Antikriegs-Vollversammlung wird in diesem Fall spätestens ab 11.00 Uhr unter freiem Himmel stattfinden. Sollten trotz all unserer Bemühungen die Grünen DelegiertInnen in der Halle ankommen, ermuntern wir euch, den ganzen Tag zu Belagerungsaktionen zu nutzen.

Bundesweites autonomes Antikriegsplenum, Hagen, den 3.5.1999

Infotelefon: 0 23 31 / 33 69 67 e-mail: no_nato@gaarden.net Internet: www.gaarden.net/no_nato/

Grüne Himmelfahrt

Thesen zum Kriegsparteitag der Grünen in Hagen

Die Entwicklung der sogenannten "Realo"-Fraktion innerhalb der Grünen und ihres außerparteilichen Milieus wurde von der radikalen Linken unterschätzt. Ihre Kennzeichnung als reformistisch ist zu kurz gegriffen. Jenseits von polemischen Zuschreibungen gibt es noch keine grundsätzliche und verallgemeinerte Analyse der langjährigen politischen Veränderung dieser dominanten Fraktion der ehemaligen "neuen Linken" zu einer bürgerlichen, militant antisubversiven, elitären und autoritären "radikalen Mitte". Die Auswirkungen dieser Transformation, die von zahlreichen Medien protegiert wurde, sind seit dem Beginn der rot-grünen Koalition in Bonn gänzlich sichtbar geworden.

Ein großer Teil der Grünen und ihrer WählerInnenbasis vollzieht diese Entwicklung mit und profitiert von ihr. Sie trug und akzeptierte die "Realpolitik" mit ihrer Zielrichtung programmatischer und struktureller Anpassung und Hinarbeitung zur Regierungsfähigkeit. Phasen der Verunsicherung und Sanktionsangst (vor Wahlverlusten, Umfrageergebnissen und Medienkampagnen) innerhalb der Grünen führen zur immer engeren Gruppierung um den existentiellen Regierungspartei-Konsens: keinesfalls die Spielregeln und Normen des herrschenden politischen Systems verletzen oder verändern. Selbst wenn diese Grünen den brutalen Machiavellismus eines Fischer nicht mögen, brauchen sie diesen jedoch, um" Politik Zu machen", in Konfrontationen und Extremsituationen zu bestehen.

Die Regierungsparteiführung wird beim Kriegsparteitag alle Kunst aufbieten, um gleichzeitig Regierung und Opposition, für Krieg und Pazifismus zu sein. Neben der Kriegsfähigkeit wird Friedenswillen demonstriert, die ultima ratio und die überschäumende Moral ins Feld geführt, die innere Geschlossenheit und die pluralistische Debatte bejubelt. Das Ziel ist die Dethematisierung der politischen Konflikte. Und am Ende wären nach dem Willen der Parteitagsregie die Verluste begrenzt und die Partei als Instrument der Machtverteilung und Kontrolle gerettet.

Der Bruch des Bundestagswahlprogramms, des Koalitionsvertrags, der Verfassung, des 2+4-Vertrages und der UN-Charta mit diesem Angriffskrieg - diese nackte Gleichgültigkeit der Regierungs-und Parlamentsoligarchie gegenüber der Legalität ist erfreulich desillusionierend und erschreckend zugleich: Parteien, Parlamente und internationale Institutionen haben die Funktion, den Schein von Kontrolle, Öffentlichkeit und Legitimität aufrechtzuerhalten. Allein die Sichtbarkeit, die Repräsentanz der Eliten und Entscheidungsträger und ihre Tätigkeit im Parlament bürgen scheinbar für demokratische Verhältnisse. Mit dem Kriegsbeginn schlug sichtbar die Stunde der Exekutive und des Militärs, deren Entscheidungen Parteien und Parlamentsfraktionen nur hinterhertraben konnten. Der "harte Führungskern" hat sich demonstrativ von Legalitätsschranken emanzipiert. "Verletzung der Neutralität Belgiens und Hollands ist bedeutungslos. Kein Mensch fragt danach, wenn wir gesiegt haben." So sprach Adolf Hitler im November 1939 vor Wehrmachtsgenerälen; er hat die allgemeinen Regeln und Prinzipien der Macht begriffen und realpolitisch angewandt. Was macht die rot-grüne Koalition anders ?

Der Befehl zu töten und bereit zu sein zu sterben - verlangt nicht nur von den Soldaten, sondern auch von der Gesellschaft eine Entscheidung: sich entweder der Befehlsgewalt der NATO zu unterwerfen und sich den Inhalt des Befehls zu eigen zu machen, oder sich zu verweigern und den Befehl abzulehnen. Jede "dritte" Position, die entweder nur die Gerechtigkeit des Zwecks der Gewalt oder die Legitimität der angewandten Mittel bezweifelt, ignoriert die Herrschaftsförmigkeit der Befehlsgewalt an sich.

Ein Teil der Grünen und SozialdemokratInnen will alles tun, um dieser Entscheidung und ihren Folgen auszuweichen und zu vergessen: so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch zurückkehren, den Kriegseinsatz beenden, den moralischen und politischen Kollaps begrenzen, dann erleichtert zur Debatte um die Ökosteuer übergehen. Paternalistisch nimmt die Bundesregierung diesen unsicheren Teil der Gesellschaft in Schutz mit der Ablehnung des Einsatzes von deutschen Bodentruppen , und erspart sich selbst weitere Konflikte. Beim Beginn des zweiten Weltkrieges gab es in der deutschen Bevölkerung Verunsicherung, aber keine Kriegsbegeisterung. Erst nach den Blitzkriegen und schnellen Siegen gegen Polen, Dänemark, Norwegen, Belgien, Luxemburg, Frankreich und die Niederlande 1939/40 überspülte eine Welle nationalistischer Begeisterung das Land: Man ging mit den unbesiegbaren Mächtigen, das versprach Beute, Macht und Anerkennung, die genialen Unternehmen brachten Erfolg und geringere Kosten als erwartet. Dieser häßliche Opportunismus, der Angst vor Rache und Niederlage hat, lebt zum Teil in der Ängstlichkeit weiter, die heute die Schwankenden der einstigen Opposition zeigen.

"Die Kampfentschlossenheit dürfe kein Gefälle nach abwärts erfahren; stattdessen fortgesetzte Steigerung mit immer bewußterer und zäherer Erfassung des politischen Kampfzieles......, die Propaganda müsse die Ausgangssituation verdeutlichen, negative Einflüsse ausschalten und das positive Kriegsziel klar herausstellen." So Josef Goebbels in einer Gedenkschrift 1939 zum Kriegsbeginn. Die innere Front ist eine Problematik, die sich jeder kriegführenden Partei stellt, so auch Josef Fischer :"In der Entschlossenheit nicht nachlassen, der Gewalt nicht beugen, die Extremsituation durchstehen und handlungsfähig zeigen." Die Betonung der Kriegsbereitschaft von Fischer ist konsequent: der Krieg wird länger und härter als erwartet, so die neue Parole. Die Militärmaschinerie läuft, und nichts wird sie aufhalten. Eine entschlossene Kriegspartei braucht eine begradigte innere Front und keine Deserteure: langsam greift die Disziplinierung. Die Staatssekretärin im Umweltministerium Gila Altmann wird der Regierungsdisziplin unterworfen (warum trat Lafontaine wirklich zurück ?) , Christian Ströbele sollte der Parteiräson gehorchen, Gregor Gysi wird im Parlament des Landesverrats verdächtigt (die 5.Kolonne der Adenauer-Ära taucht wieder auf), und FlugblattverteilerInnen der DFG/VK werden kriminalisiert, weil sie Soldaten zur Desertion auffordern würden (daß die Strafanzeigen gegen die Bundesregierung in der Sicht des Generalbundesanwalts gegenstandslos sind, wer hätte anderes erwartet). Falls sich die KriegsbefürworterInnen mit ihrer Kompromißstrategie auf dem Grünen Parteitag durchsetzen, wird sich die Exekutive ermächtigt sehen, gegen KritikerInnen und eine radikale Opposition aggressiver vorzugehen.

"Ja, das Wort "Friede" bezeichnet in seiner Bedeutung, in welcher es Korrelat zur Bedeutung "Krieg" ist (es gibt nämlich noch eine ganz andere, ebenfalls unmetaphorische und politische, diejenige, in welcher Kant vom "Ewigen Frieden" spricht), geradezu eine solche a priori und von allen Rechtsverhältnissen unabhängige notwendige Sanktionierung eines jeden Sieges. Diese besteht eben darin, daß die neuen Verhältnisse als neues "Recht" anerkannt werden, ganz unabhängig davon, ob sie de facto irgendeiner Garantie für ihren Fortbestand bedürfen oder nicht." Walter Benjamin, Zur Kritik der Gewalt.
Der Frieden anerkennt und bestätigt die rechtsetzende Macht des Krieges; das neue Recht eines Friedensvertrages vereinbart "gleiches Recht" für Sieger und Besiegte. "Es verbietet Armen und Reichen unter Brückenbögen zu nächtigen"(Anatole France). Ein Vertragsbruch Löst konsequent den jetzt rechtmäßigen Anspruch neuer Gewalt aus, was die ursprüngliche Gewaltsamkeit des Friedens exhumiert.
Die Regierungslinken in den Grünen, die vor dem Kriegskurs längst kapituliert haben, indem sie "irgendeinen Frieden" akzeptieren wollen, nur um nicht weiter in die Doppeldeutigkeit der eigenen Moral und Ideologie getrieben zu werden, sind keine KriegsgegnerInnen.

Sie lehnen weder die imperialistischen Kriegsgründe ab, noch die ökonomische und politische Unterwerfung und Neuordnung der "Krisenregion" im Interesse der westlichen Großmächte Und des nationalen wie transnationalen Kapitals. Die Folgen der nationalen Befreiung aus dem "Völkergefängnis Jugoslawien" und des Friedens in Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina werden von diesen "Friedenstauben" nicht reflektiert, weil sie die eigene Phraseologie von nationaler Selbstbestimmung, antiserbischem Vorurteil und ziviler internationaler Gemeinschaft ad absurdum führen würde.
Der Krieg demontiert die "Friedenstauben" der Grünen rasanter und radikaler, als es beim Regierungsantritt zu erwarten war. Kein Frieden sondern Feinde: nie stand die jugoslawische Bevölkerung geschlossener hinter Milosevic, immens der Verlust politischer und moralischer Autorität der westlichen Demokratien, groß die Empörung und der Haß auf "die NATO" in vielen Ländern Osteuropas. Wenn Grüne jetzt als Peacemaker auftreten, der Diplomatie eine Chance geben wollen, ignorieren sie, daß sie gründlich diskreditiert sind, und nur unter Zwang Als Verhandlungspartner akzeptiert werden.
Eine Region destabilisieren, zerbomben, und danach einen Stabilitätspakt und einen Marshallplan fordern, gehört zu den Zynismen der Grünen, die ihnen selbst nicht bewußt sind. Nachdem sie die Beine gebrochen haben, bieten sie den Opfern Krücken an.

Mit aufgeblasener Empörung verteidigen Fischer und Scharping stellvertretend für viele ihr quasi "antifaschistisches" Engagement . Von dieser Verpflichtung war vorher in der politischen Auseinandersetzung um Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen durch die deutsche Industrie und Banken, in der sogenannten Walser-Debatte oder dem alltäglichen Kampf gegen NS-Organisationen, rechte deutsche Jugend und Rassismus nichts zu spüren, und wird nachher nichts übrig sein. In diesem Krieg, der Hitler, die Nazis und Auschwitz exterritorialisiert, können der Ex-Jungsozialist und der Ex-Autonome frei von Angst vor Diskriminierung, Ausschluß aus der Gemeinschaft und Repression militante Antifaschisten sein. Die aggressiven Impulse sind erstaunlich "authentisch". Die "antifaschistische" Argumentation vom "Völkermord" ist ehrlich überzeugt, links zu sein. Die Judenvernichtung, deren Synonym Auschwitz ist, war in den Augen des Nationalsozialismus die Vernichtung des "Anti-Volks", der Volksfeinde. Die deutsche Vernichtungsmaschinerie selektierte die Juden von "den Deutschen", obwohl sie Deutsche waren. Die Nazis taten dies in ihrem Selbstverständnis um einen "Völkermord" an der arischen Rasse durch die Juden abzuwenden. Das Gerede vom "Völkermord" kann nur völkisch sein, und es kann faschistisch werden: der Einmarsch der Wehrmacht in der Tschechoslowakei und in Polen 1938/39, nach eskalierter antitschechischer und antipolnischer Hysterie im deutschen Reich, legitimierte sich als Schutz bedrohter deutscher Volksgruppen vor dem "Völkermord". Vergleiche mit dem Nationalsozialismus sind nur bedingt tauglich, die Auschwitzanalogie verbietet sich ganz. Der großserbische Nationalismus, der jedoch immer mehr Gebiete seit 1991 aufgeben mußte, kann nur mit diesen Vorbehalten mit der NS-Volkstumspolitik *inhaltlich* verglichen werden ("alle Serben zusammen"). Der völkische Terror im Kosovo und die antialbanische Stimmung in Jugoslawien sind schematisch mit der *Praxis* im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren gegen die Tschechen und zugunsten der Deutschen vergleichbar. Da Jugoslawien jedoch nicht nur überlegen agiert, sondern in diesem Sezessionskrieg defensiv reagiert, sind zum Beispiel die faschistischen Paramilitärs eher mit den nationalistischen Freicorps 1919 zu vergleichen, die eine Abtrennung "kommunistischer Gebiete" wie die bayrische Räterepublik verhinderten.
Der Krieg der jugoslawischen Führung geht *strategisch* um die Erhalt eines Staatsgebietes, nicht um die imperialistische Ausdehnung desselben. Der *Form nach* ist dies aber noch ein Anti-Guerillakrieg (der counterinsurgency), den britische und französische Militärs ursprünglich im Krieg gegen antikoloniale Befreiungsbewegungen entwickelten, und insbesondere die USA weltweit im Trikont anwendeten und unterstützten: Die Zerstörung der sozialen und ökonomischen Strukturen, Basis jeder Guerilla, durch Vertreibung, Umsiedlung, Plünderung und abschreckenden Terror.

Die falschen historischen Analogien sind Erzählungen, die zur moralischen Legitimation der eigenen Entscheidungen dienen, obwohl diese Demonstrationen historischer Erkenntnis und finaler Vernunft rein gar nichts mit den Beweggründen zum Krieg zu tun haben. Aber die gegenwärtige Unwahrheit wird durch die unwahren Vergleiche der Vergangenheit verdoppelt. Sie beruft sich auf das schwache historische Gedächtnis, und die Unfähigkeit etwas anderes als den eigenen Standpunkt wahrzunehmen. Auschwitz hätte durch die Alliierten nicht durch einen vorzeitigen Krieg verhindert werden können, weil 1936 noch niemand etwas von Auschwitz wissen konnte, kein Vergleich in der Geschichte existierte. Die unterstellte "Weichherzigkeit" der Appeasementpolitik Frankreichs und Englands gegenüber Hitler hat ganz banale machtpolitische Gründe: Kompromißpolitik gehört zum Inventar imperialistischer Außenpolitik, solange gemeinsame Interessen (Handelsbeziehungen, Bollwerk gegen den Bolschewismus) im Vordergrund stehen und ein Ausgleich der Interessensphären möglich erscheint. Und dies besonders, wenn ein Staat dem anderen militärisch, ökonomisch und in Bevölkerungszahlen nicht gewachsen ist.
In Anbetracht der erdrückenden technologischen, militärischen und ökonomischen Überlegenheit der NATO-Staaten ist es geradezu eine wahre Freude nicht weichherzig zu sein, und gegen die Hitlers dieser Welt Kriege zu führen. Der zur Schau gestellte Mut der Antifaschisten in Bonn, die allen zeigen, wie man Antifaschismus richtig macht, ist die Selbstgerechtigkeit nationaler Maulhelden, und ein Tritt ins Gesicht derjenigen, die wirklich gegen die nationalsozialistische deutsche Bestie gekämpft haben, ob in Madrid, Paris, an der Drina oder in Stalingrad, im Warschauer Ghetto oder als PartisanIn in Griechenland.

Der Angelpunkt dieses "antifaschistischen" Diskurses ist die Selbstrepräsentation als charakterfester, prinzipientreuer Mensch. Er war gutmütig und wohlwollend, idealistisch und großzügig, ist aber durch seine Erfahrungen und Erkenntnisse ein anderer geworden. Die brutale Realität zwingt ihn, unbarmherzig, kompromißlos und gewalttätig zu sein. Dieselbe Diskursfigur benutzt der Rassist, der sein Gewordensein und Vorurteil als Erfahrungs-und Erkenntnisprozeß darstellt, ursprünglich ein Menschenfreund, der jetzt aber zu jeder notwendigen Maßnahme bereit ist. Sie sind natürlich betrogene und enttäuschte Opfer, wie abgewiesene Liebhaber, die in ihrer Eifersucht der Angebeteten nur jede Bösartigkeit unterstellen können, niemals aber einen rationalen, selbstverständlichen Grund.
Die Alltäglichkeit dieses Opferdiskurses der potentiellen TäterInnen bewirkt die Eingängigkeit und leichte Übernahme der Argumentationen der KriegsbefürworterInnen. Sie ermächtigt zu dominanten Handlungsstrategien und Definitionsmacht, sobald die Rede öffentlich legitimiert wird. Die Herstellung "verlorener" Macht, Dominanz, Kontrolle und Verfügungsgewalt, die in der möglichen Autonomie und Individualität des Gegners sich bedroht sieht, ist das Ziel. Und nicht etwa Gerechtigkeit oder andere Prinzipien. Jugoslawien war Fischer und Scharping schon immer gleichgültig.

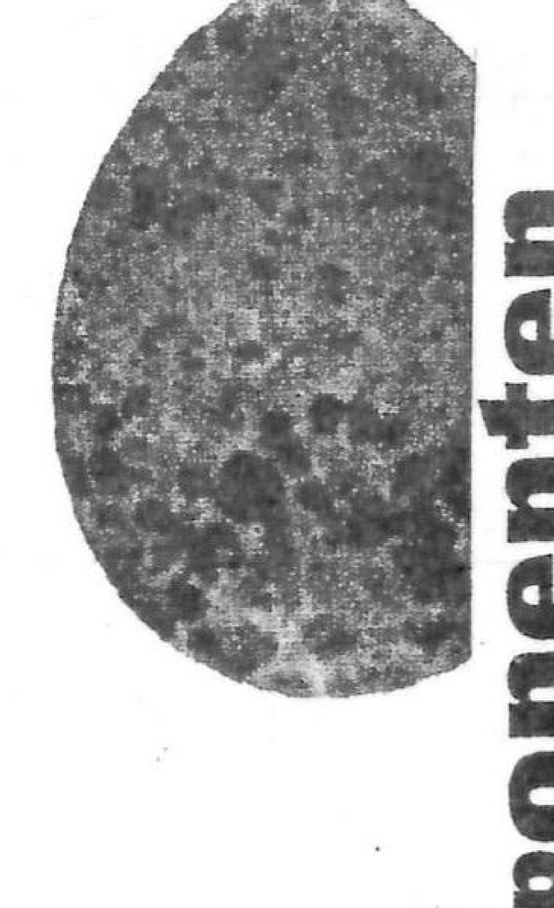
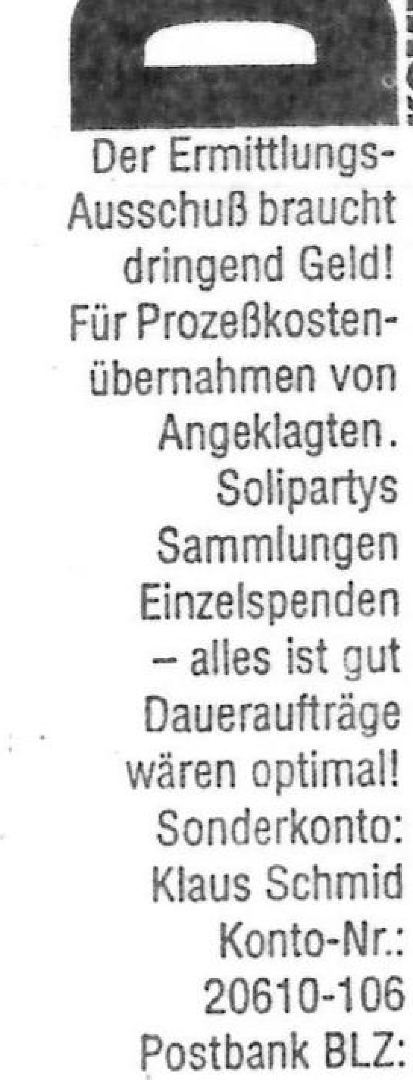
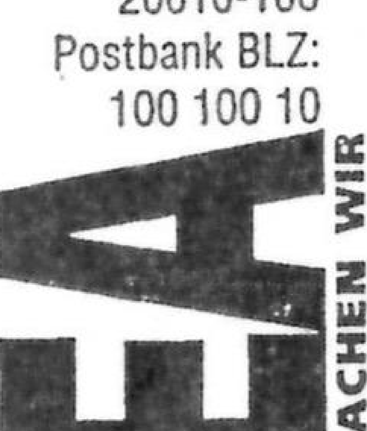
Wenn die Grünen 1999 einen Bruch des antifaschistischen Prinzips "Nie wieder Krieg" befürworten, um das Prinzip "Nie wieder Auschwitz" einzuhalten, wäre es dann nicht logisch, wenn sie 2002 bereit sind "Auschwitz" zu befürworten, um einen Bürgerkrieg zu verhindern?
Die felsenfeste Prinzipientreue entpuppt sich als restlose Prinzipienlosigkeit im Konkreten.
Das Fallenlassen von Prinzipien ist nur ein Euphemismus derjenigen, die nie welche hatten.
Die Sozialdemokratie hatte beim Ausbruch des 1.Weltkriegs ähnlich prinzipielle Probleme, mit der Neuauslegung der Lehrsätze ihre eigene Kapitulation zu kaschieren. Kautsky, der Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie, versuchte es, und zog sich den Spott Rosa Luxemburgs zu: "Im Frieden gelten im Innern jedes Landes der Klassenkampf, nach außen die internationale Solidarität; im Kriege gelten im Innern die Klassensolidarität, nach außen der Kampf zwischen den Arbeitern verschiedener Länder. Der welthistorische Appell des Kommunistischen Manifests erfährt eine wesentliche Ergänzung und lautet nun nach

Kautskys Korrektur: "Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden, und schneidet euch die Gurgel ab im Kriege!"

Für die Grünen ist der erste Angriffskrieg, an dem Deutschland seit 1945 direkt mit Soldaten beteiligt ist, so einschneidend , wie es der 4.August 1914 für die Sozialdemokratie war. In ihrem ersten Artikel sprach Rosa Luxemburg davon, daß die Sozialdemokratie abgedankt habe, weil sie nur noch die nationalen und imperialistischen Interessen ihrer jeweiligen Bourgeoisie vertreten könne. Trotzdem hat die SPD diese ideologische und politische Krise überstehen können, die KriegsgegnerInnen waren eine kleine Minderheit. Daß sich die Grünen mit der Kriegsbeteiligung ihre eigene Todesurkunde ausgestellt hätten, die Partei überflüssig geworden sei, diese unter Linksradikalen verbreitete These ist verfrüht. Der kulturelle und soziale Rückhalt der Grünen ist zwar nicht mit der Basis der SPD in Gewerkschaften und ArbeiterInnenbewegung 1914 vergleichbar,
für die Grünen kann es bei Wahlen knapper werden. "Rot-grün" ist die Legierung einer Strömungsideologie, die ihre Protagonisten als Erben von 1968, modernes Weltbürgertum und durch Selbstbewußtsein geadelte Generation an der Macht auszeichnet. Ob diese Strömung ausreicht, um die Grünen *als Partei* zu erhalten, ist tatsächlich offen. Was wäre wenn sich eine Mehrheit auf dem Hagener Parteitag mit einem "Nein" zum Kriegskurs querstellt, die rot-grüne Koalition riskiert, in der sie nur demütigende Niederlagen (Atomausstieg, Staatsbürgerschaftsrecht) erlitten hat ? Was wäre ,wenn Eine Mehrheit Programmdisziplin üben würde statt der geforderten Regierungsparteidisziplin?

Autonome und radikale Linke vor einem Bundesparteitag der Grünen, wer hätte das vor einem Jahr vermutet? Selbst für großzügige Linke ist diese Partei seit zehn Jahren kein emanzipatorisches Projekt mehr, gibt es keine einflußreiche linke, feministische oder internationalistische Opposition innerhalb der Grünen. 1999 am Himmelfahrtstag in Hagen zu demonstrieren, kann nur einen Sinn haben: radikal die rot-grüne *Kriegs- und Friedenspolitik* zu demontieren. Ob die "Kritik der Straße" den Parteitag beeinflußt, ist ungewiß. Denn die Wirklichkeit ist manchmal spannender als erwartet, oder schlimmer als befürchtet.

Viktor Stein, April 99

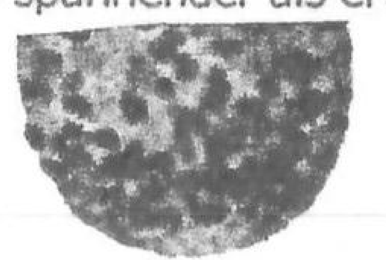


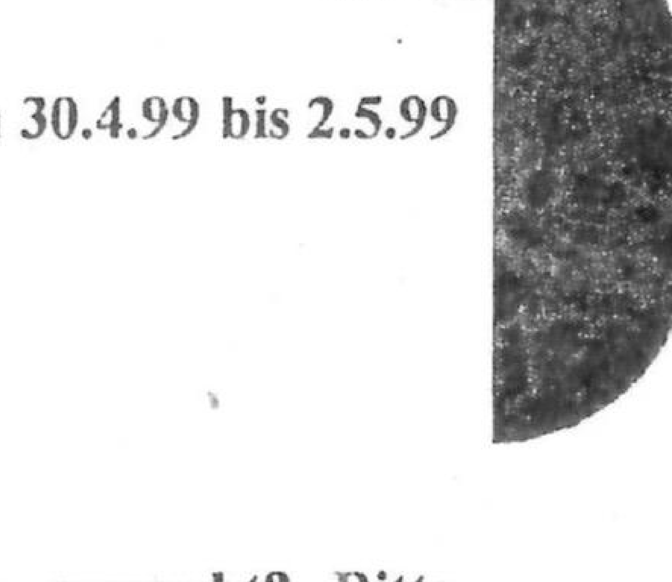
Zwei Komponenten

EA MACHEN WIR

DM KOMMT VON EUCH

Der Ermittlungs-Ausschuß braucht dringend Geld! Für Prozeßkosten-übernahmen von Angeklagten. Solipartys Sammlungen Einzelspenden – alles ist gut Daueraufträge wären optimal! Sonderkonto: Klaus Schmid Konto-Nr.: 20610-106 Postbank BLZ: 100 100 10



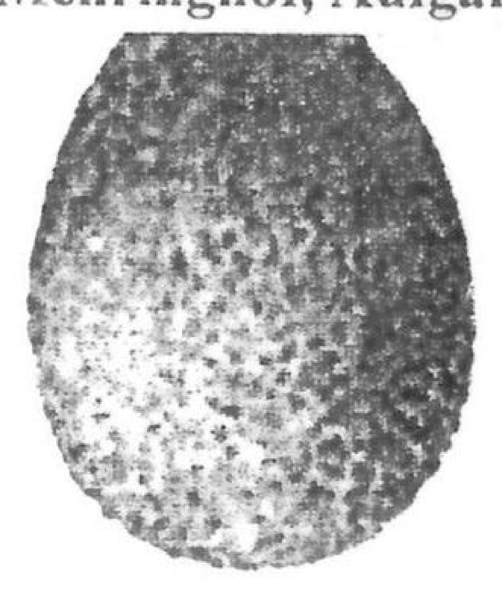



ZeugInnen gesucht!
Der Ermittlungsausschuß Berlin sucht zu den Ereignissen vom 30.4.99 bis 2.5.99 dringend:

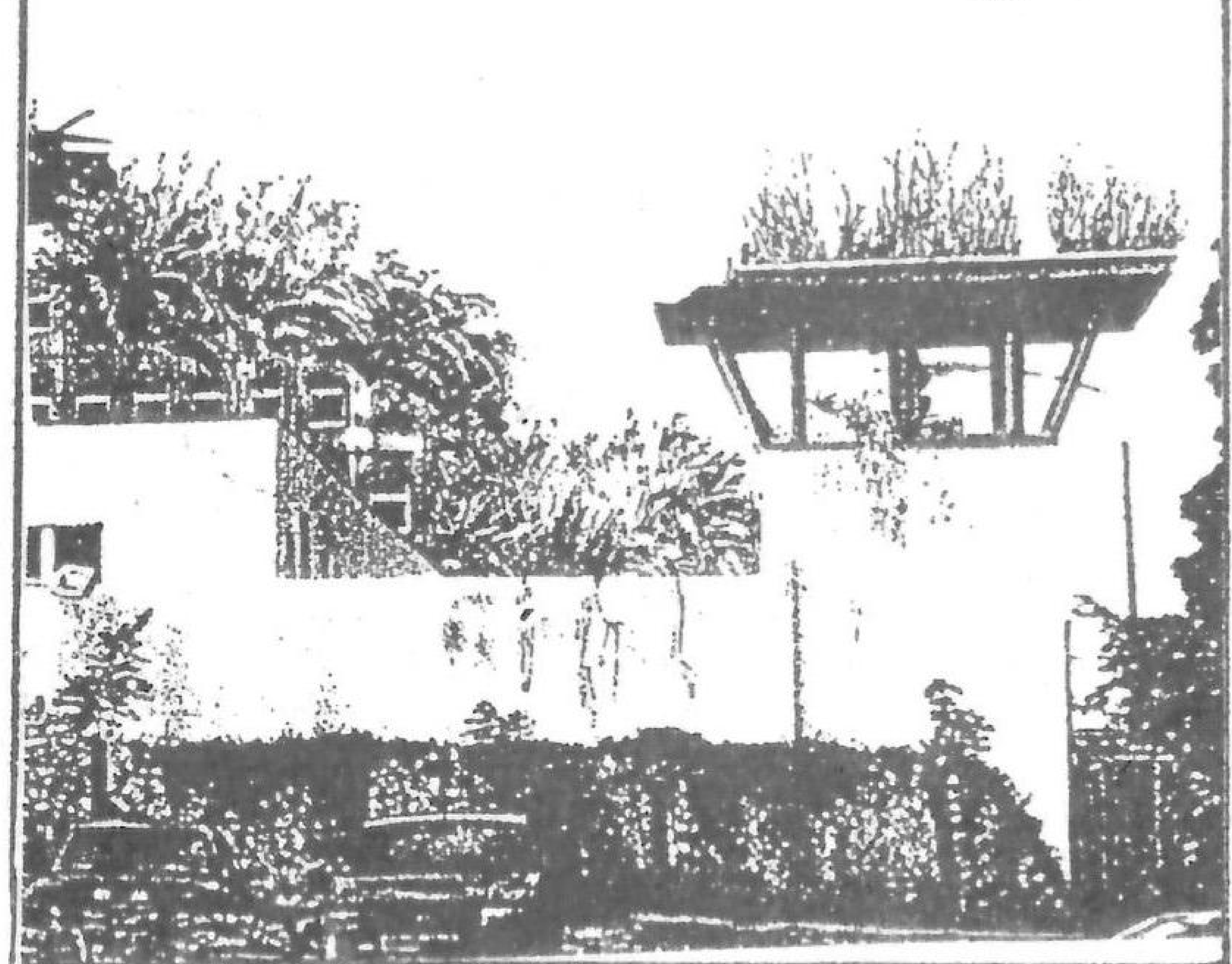
- **ZeugInnen von Polizeiübergriffen**
- **Foto- und Videomaterial**
- **Gedächtnisprotokolle von ZeugInnen**

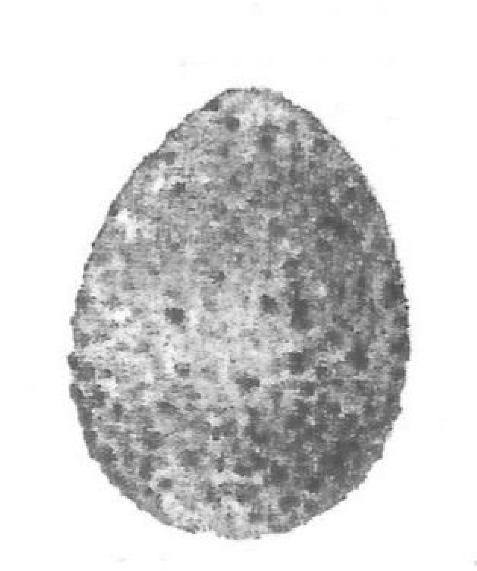
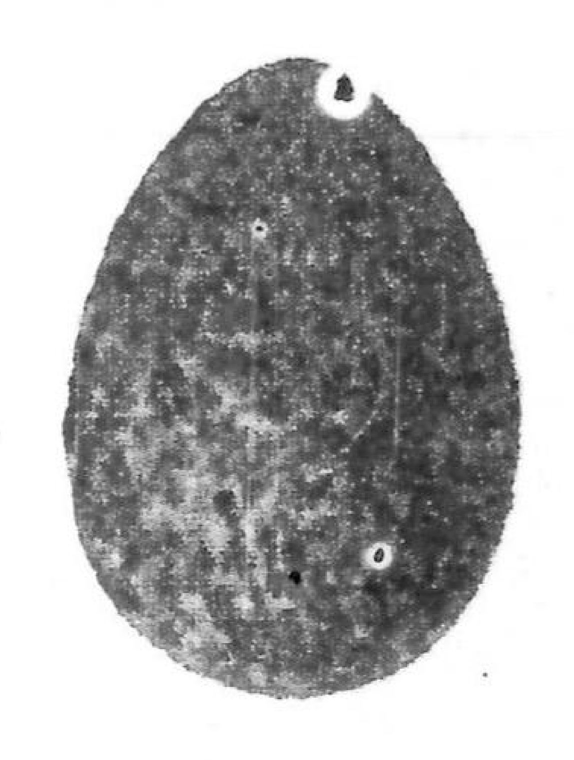
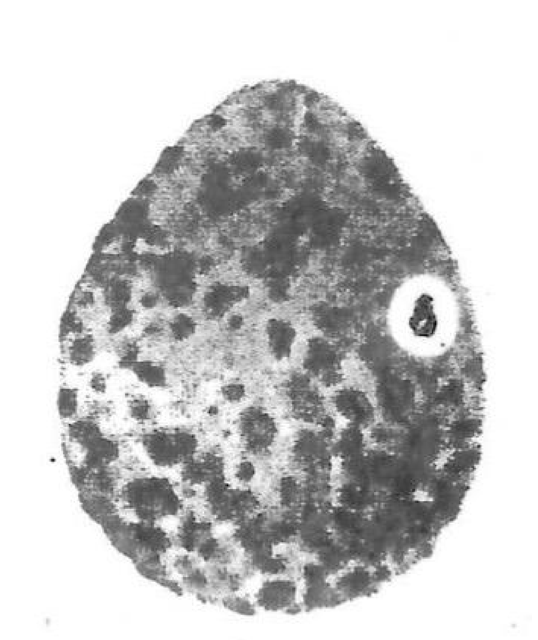
Also: Wer hat was gesehen, Fotos oder Videoaufnahmen gemacht? Bitte dringend beim Ermittlungsausschuß Berlin melden! Telefonisch: 692 22 22 oder persönlich dienstags von 20 - 22 Uhr im Mehringhof, Aufgang 3, 1. Etage.





In allen guten Buchläden erhältlich:

Der Krieg, die Grünen und die Autonomen

In der letzten Interim (475, steht aber 474 auf dem Titel) gab es eine Reihe von Beiträgen, die sich dem Krieg der NATO gegen Jugoslawien widmen. Mir geht es mit diesem Text insbesondere um die Rolle, die die Grünen in diesem Krieg spielen und was sich daraus für autonome Politik schließen läßt. Andere Themen wie die Kriegsgründe, die Positionsfindung zur serbischen Führung usw. lasse ich mal außen vor.

Schon das Interim-Editorial widmet sich den Grünen und dem möglichen Vorgehen unsererseits: „Entweder durch die gezielte Stärkung der letzten Linken in den Grünen oder notfalls auch in der SPD beispielsweise mittels großer Demos diesen die benötigte Unterstützung zu geben, damit ihre Positionen in ihrer Partei wieder mehrheitsfähig werden. Das läuft darauf hinaus, daß die Grünen und Joschka irgendeine Verhandlungslösung finden, die alle Nato-Staaten ihr Gesicht wahren läßt. (...) Oder sorgen wir dafür, daß die beiden Regierungsparteien in diesem Krieg immer weiter ihre Legitimation verlieren, sie auf Jahre hinaus so diskreditiert sind, daß eine Linke neben ihnen stark werden kann." (Interim, S. 3) Mal abgesehen davon, daß mir diese Perspektiven deutlich zu optimistisch sind, was unsere Möglichkeiten betrifft („...mittels großer Demos ...", „...sorgen wir dafür..."), zeigt mir dieses Entweder-Oder, wie indifferent das Verhältnis zu den Grünen zur Zeit aussieht und es also diskutiert werden muß.

Auch andere Texte kommen auf die Grünen zu sprechen. In den „Überlegungen zum Krieg in Kosovo" heißt es unter anderem: „Unser Vorschlag, schnell und kurzfristig sich ein zumischen, wäre, die verblieb~~nen Kriegsgegnerlnnen, insbesondere bei den Grünen und der SPD, durch Aktionen vor und in den Parteibüros zu unterstützen. Die Grünen sind womöglich die schwächste Stelle in der Formation der Kriegstreiber, hier könnte am ehesten in kurzer Zeit ein Einbruch stattfinden." (Interim, S. 11) Auch hier sind die Grünen also Bezugspunkt autonomer Politik in dem Sinne, daß auf sie eingewirkt werden soll. Der mit „Anmerkungen zur autonomen Politik angesichts des Kosovo-Krieges" überschriebene Beitrag von Hans Rosenthal formuliert es so: „Ziel unserer Aktionen sollte sein die Widersprüche in den kriegsbefürwortenden Parteien zu verstärken und die KriegsgegnerInnen in den Parteien nicht in eine Solidarität mit ihren Apparaten zu treiben. Dies gilt meiner Meinung nach sowohl für die Grünen, die taz als auch die SPD. In dieser Perspektive war die vordergründige Radikalität, bei der Besetzung der Berliner Grünen-Zentrale keinen Kompromiß zu suchen, falsch." Weiter empfielt der Text: „Zu den sich für die KriegsgegnerInnen innerhalb der Grünen stellende Alternative, wie Christian Ströbele in der Partei gegen den Krieg zu agieren oder wie Judith Demba aus den Grünen auszutreten, sollten wir schnell eine Position finden." (Interim, S. 19) Zu diesem Prozeß der Positionsfindung will ich beitragen.

Jenseits einer allgemeinen Abrechnung mit der Politik der Grünen seit Regierungsantritt und unter Verzicht auf eine Analyse der Entwicklung / Geschichte der Grünen beschränke ich mich auf drei Aspekte aktueller grüner (Anti-)Kriegspolitik.

Grüne Innere Zerissenheit

Herausragendes Merkmal der Grünen dieser Tage ist ihre öffentlich zur Schau gestellte „innere Zerissenheit": Dies gilt vor allem für die Pro-Krieg-Fraktion, deren SprecherInnen sich angesichts der Kritik aus den eigenen Reihen geradezu rühmen, einen inneren Konflikt aushalten zu müssen, aber auch für jene, die die Parteilinie zum Krieg mittragen. Bei der Besetzung des Grünen-Büros in der Oranienstraße war genau diese Rechtfertigung immer wieder von den anwesenden Grünen zu hören. Selbst angesichts des von den Berliner Grünen mobilisierten Bulleneinsatzes gegen die BesetzerInnen des Büros heuchelten eben diese Grüne ihre Bauchschmerzen, ihr rhetorisches „Was tut ihr denn gegen Milosevic?", ihre jegliches politisches Selbstverständnis früherer Tage karikierende „Verantwortungsethik". Die Grünen haben dieses Hin- und Hergerissensein zwischen humanitären Ansprüchen und mörderischem Krieg - die „Zwickmühle" Bomben für die Menschenrechte - perfekt inszeniert: die ihnen ohnehin nur noch als guter Ruf anhaftenden Klassifizierungen als PazifistInnen, NATO-GegnerInnen usw. haben sie in der eleganten Form eines Skrupels neutralisiert. In klassischer Vorwärtsverteidigung wird aus dem Skrupel ein weiteres, vielleicht das schlagende Pro-Krieg-Argument. Diese Umbuchung vom Pathoskonto beschert den Grünen sogar einen Glaubwürdigkeitsgewinn. Denn wer es sich so schwer macht, verdient Respekt (an der Person Joseph Fischer läßt sich dieser Gedanke besonders plausibel zeigen).

In der öffentlichen Wahrnehmung wirken die freizügig ausgestellten Gewissensbisse wie ihr Gegenteil: Je schwerer das Herz, desto leichter fällt die Bombe. Nichts anderes bedeutet es, wenn die Grünen nicht müde werden zu betonen, bei ihnen werde immerhin über den Sinn des Krieges gestritten. Gerne arbeiten die Grünen hier auch arbeitsteilig: Sie führen den Krieg, andere kritisieren sie dafür. Während der Räumung des Grünen-Büros hat eine Grüne das in etwa so ausgedrückt: „Wenn ihr (=die BesetzerInnen) nicht genug Druck auf der Straße macht, dann können wir auch nicht anders." In dieser Logik ist nicht die grüne Regierungspartei für den Krieg verantwortlich, sondern es sind - wer auch sonst - die Autonomen.

Grüne relativieren Auschwitz

Seit Kriegsbeginn überschlagen sich insbesondere grüne SpitzenpolitikerInnen, wenn es darum geht, den Nationalsozialismus und die Judenvernichtung anhand der angeblichen Politik des serbischen Regimes zu relativieren. Kein Vergleich ist Joseph Fischer und Ludger Vollmer zu geschmacklos und zynisch, um nicht bemüht zu werden. Die permanente Rede vom „Völkermord", von „Konzentrationslagern", Vollmers „Milosevic handelt wie Hitler" und vor allem Fischers „Nie wieder Auschwitz" sollen die Bombardements gegen Jugoslawien als antifaschistischen Akt, als den Alliierten gegen Nazi-Deutschland verwandte Aktionen festschreiben. Tatsächlich festgeschrieben wird eine gnadenlose Verharmlosung der deutschen Verbrechen, deren Singularität in 50 Jahren BRD nicht so vehement angegriffen wurde wie in diesen Tagen. Nicht mehr (wie noch unter Kohl) der Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit soll gezogen werden. Gerade diese Vergangenheit gerät den grünen Deutschen zur Legitimation ihrer aktuellen Kriegspolitik. Diese Form der Vergangenheitsbewältigung ist selbst gegenüber dem Historikerstreit oder der Walser-Debatte ein qualitativer Sprung hin zu einer offensiven Einebnung des Holocaust. Die Judenvernichtung und der Vernichtungskrieg der Wehrmacht werden in grünen Händen AgitProp-Gegenstände, werden vernutzbar für die unglaublichsten Vergleiche, rechtfertigen die Bomben auf Belgrad nicht gegen die deutschen Verbrechen des zweiten Weltkriegs, sondern mit ihnen.

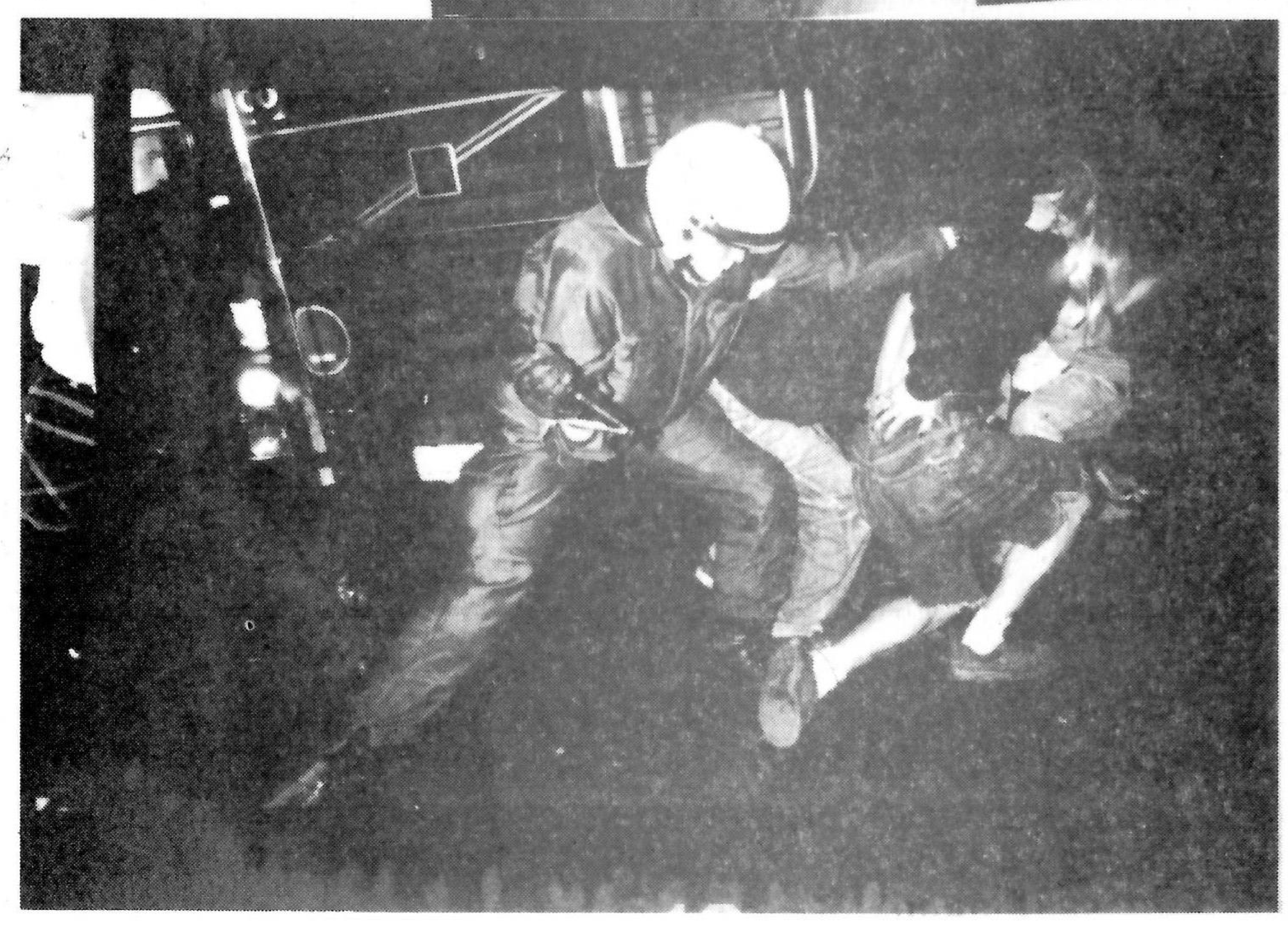
Die Diktion der Verharmlosung und Relativierung geht den Grünen auch deswegen so leicht über die Lippen, weil sie als




International kämpfen gegen
Es gibt keine Alternative
ur Revolution!
Tek yol!

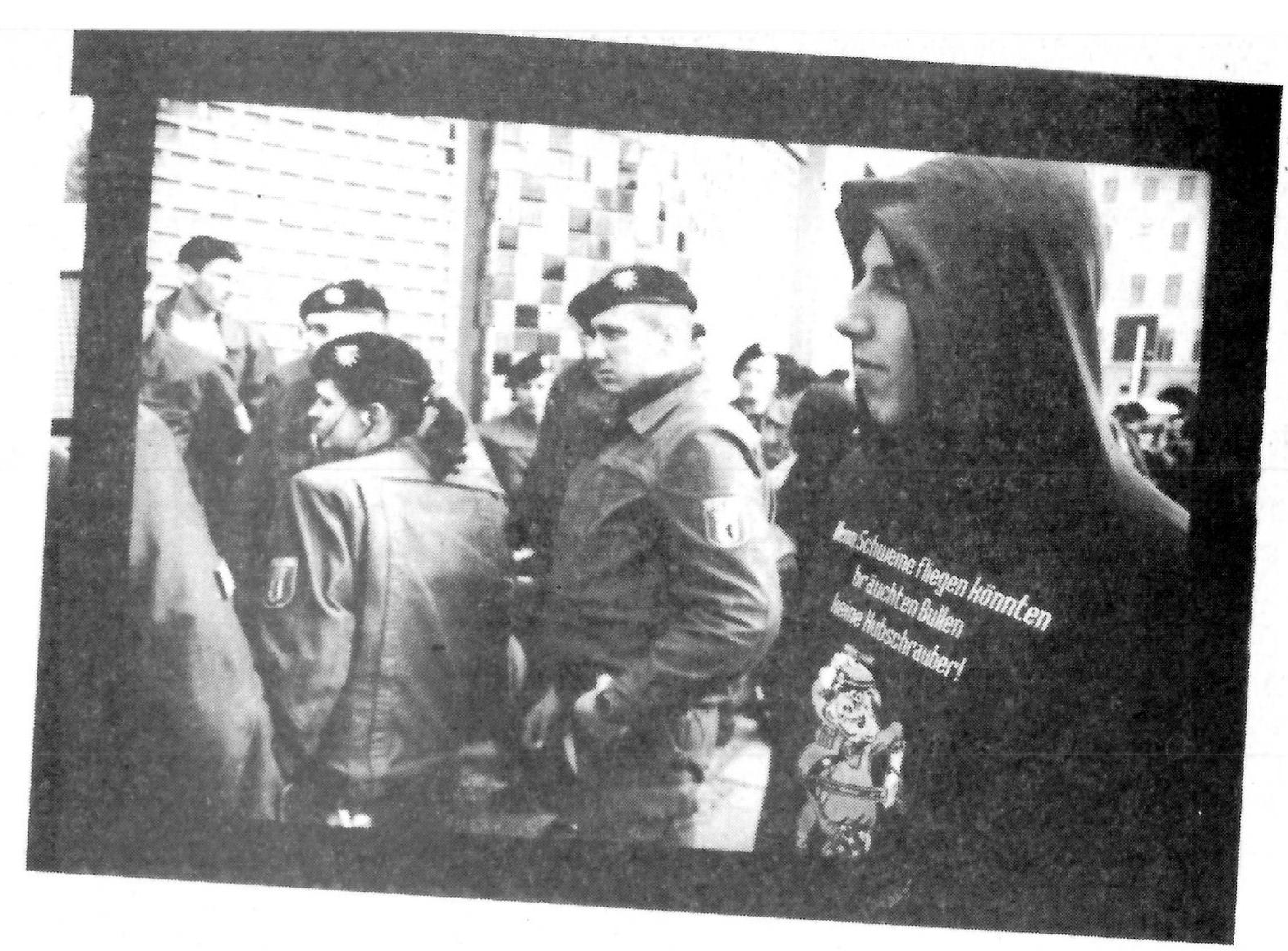



30
ZONE
1.500
ist machbar,




KRIEG
IST


DM + Warmmiete
ZGELD!
err Nachbar!
Schultheiss
Pizzeria


Wenn Schweine fliegen könnten
bräuchten Bullen
keine Hubschrauber!







vermeintliche Linke sich nicht in dem Verdacht sehen, als GeschichtsfälscherInnen aufzufallen. Das ist auch gar nicht notwendig. Im Prozeß der Normalisierung Deutschlands spielen die Grünen die Rolle des Erlösers: endlich ist Deutschland auf der richtigen Seite, darf sozusagen ein anderes Auschwitz verhindern. Die Grünen treten für diesen Krieg ein nicht trotz, sondern wegen Auschwitz. Das ist eine Zäsur, an der Autonome nicht vorbei können.

Das grüne, gute Deutschland

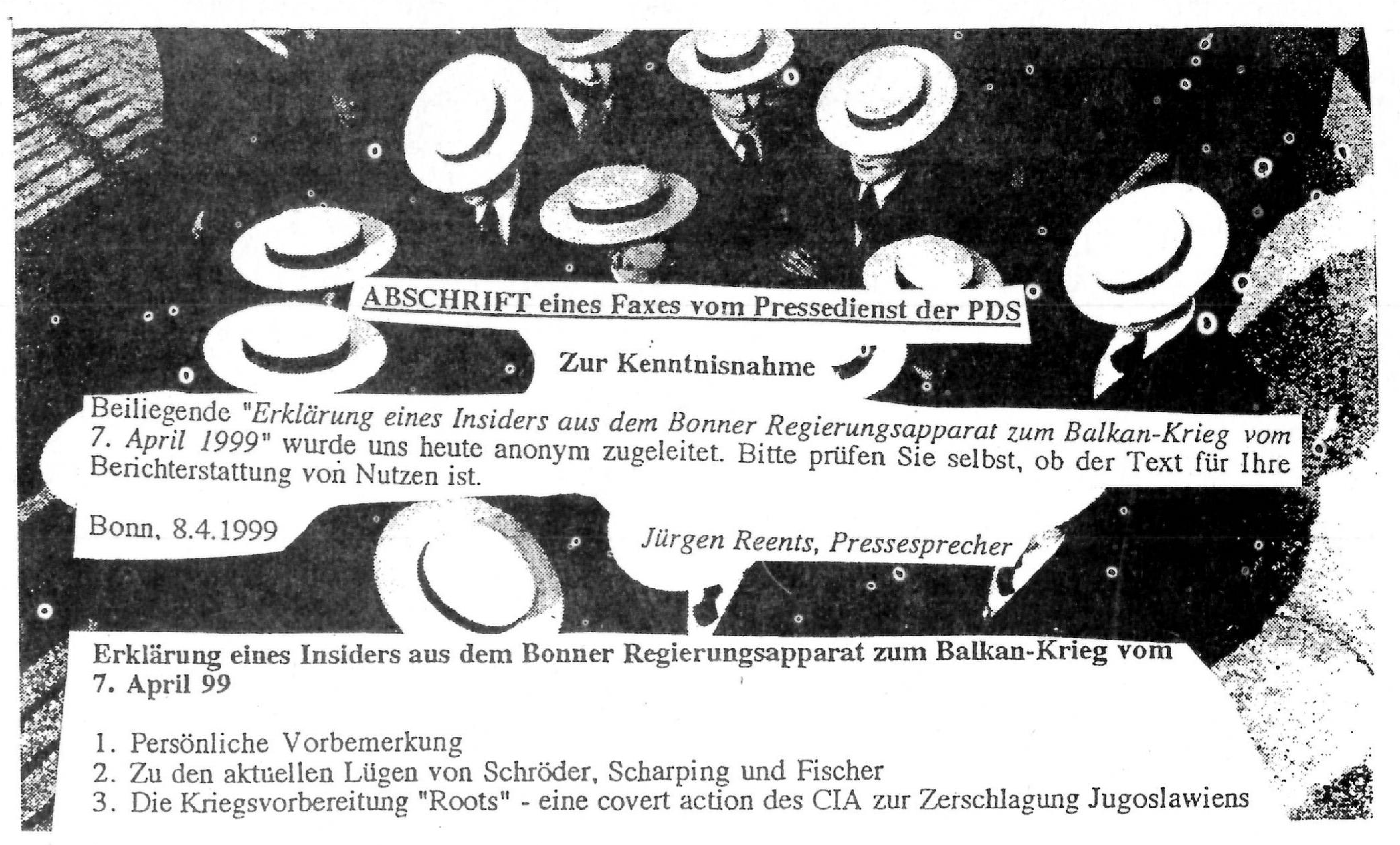
Auch bei Autonomen immer beliebt war und ist der Kreuzberger Ober-Grüne Christian Ströbele. Sein Konterfei zierte den Kreuzberger Bundestagswahlkampf und auf einer amüsanten Wahlkampfveranstaltung der KPD/RZ durfte er mit Gregor Gysi und Ovo Maltine das linke Aushängeschild der Grünen mimen. Sein Ruf als Partei-Rebell und Widersacher der Realos nötigt uns immer wieder Respekt ab.
Seit den Tagen des Kriegsbeginns werden er und einige andere Grüne (u.a. Annelie Buntenbach, Christian Simmert und die übrigen UnterzeichnerInnen einer Erklärung von sieben Bundestagsabgeordneten der Grünen) mit Antikriegspositionen identifiziert und gelten als diejenigen, die in den Grünen gestärkt werden sollen / können (vgl. Einleitung). Auch wenn sich die Austrittsforderungen an ihn häufen: Ströbele selbst sieht seinen Platz nach wie vor als innerparteilicher Streiter gegen die grüne Regierungslinie. Beschwörend apellierte er an Austrittswillige, die den Kriegskurs satt haben, doch in der Partei zu verbleiben und den Kampf um eine andere Position zu führen. Wie diese Position denn aussehen soll, illustriert das Wort Ströbeles zu Kriegsbeginn: „Ich schäme mich für mein Land". In dieser Bemerkung scheint auf, worum es Ströbele neben anderem auch gehen könnte: um Deutschland - sein Land -, und zwar ein friedliches, ein gutes Deutschland, für das er sich nicht schämen muß. Daß aber gerade dieses Deutschland mit den Grünen nicht zu haben ist, beschämt ihn - die Zivilgesellschaft BRD klappt trotz aller Versuche, sich mit grüner Identität in sie einzufädeln, nicht. Eine späte Erkenntnis für eine „Symbolfigur der Linken", wie Till Meyer Ströbele nennt. In seinem offenen Brief an Ströbele stellt er fest: „Nur solange Bündnis 90/Die Grünen Menschen wie Dich in ihren Reihen hat, kann die Partei diesen verbrecherischen Kurs fahren. Du bist dort als Feigenblatt. Du bindest die wenigen Linken und aufrechten Pazifisten, die es in Deiner Partei noch gibt, genau wegen Deines Verhaltens weiter an die Partei." Till Meyer hat den Brief überschrieben mit „Was willst Du noch bei den Grünen?". Vermutlich ungewollt antwortet Ströbele ihm, wenn es ihm bei seinem Verbleib in den Grünen eben auch ums gute, grüne Deutschland geht oder zumindest darum, zu retten, was schon längst nicht mehr zu retten ist. Keine Frage, daß sich diese Idee nicht so richtig mit einem autonomen Demo-Schlager wie „Nie wieder Deutschland" verträgt.

Abschied von den Grünen

Diese drei Argumentationsfiguren - „innere Zerrissenheit", „kein zweites Auschwitz" und „das gute Deutschland" - umreißen die Rolle der Grünen im Prozeß der politischen Mobilmachung Deutschlands für diesen Krieg und für die künftige Großmachtrolle Deutschlands in der Weltpolitik. Die Integrationskraft der Grünen ist durch diesen Krieg nicht gebrochen, im Gegenteil: die spezifisch grüne Weise, mit der sie sich zu Deutschlands neuer Rolle und zu deutscher Geschichte äußern, hat diese Integrationswirkung erst besorgt. Die Grünen haben ihr politisches Projekt, das vor zwanzig Jahren begann, mit Deutschland wiedervereinigt - der „humanitäre" Angriffskrieg gegen Jugoslawien ist gewissermaßen ihr Feuerwerk. Und auf den Spendenkonten der Hilfsorganisationen geht seit Kriegsbeginn das Begrüßungsgeld der grünen Klientel ein. Schärfer und deutlicher als in allen seit der Regierungsübernahme erbrachten Anpassungsleistungen der Grünen („Ausländer"politik, Atomenergie ...) drückt sich in diesen Kriegstagen das neue Bild der Grünen aus: Nicht nur Deutschland ist wieder wer, auch die Grünen sind endlich jemand, und zwar Souverän im deutschen Haus.
Wirkungsvoller und überzeugender als die offen deutschnationalen Kampagnen eines Schäuble und die volkstribunenhaften Reden eines Schröders re-integrieren die Grünen eine zu Deutschlands neuer Rolle skeptisch bis ablehnend positionierte Gruppe: Alt-68er, Friedensbewegte, GolfkriegsgegnerInnen, Multi-Kulti-ProtagonistInnen, Ökos und MenschenrechtlerInnen und vermutlich auch manche Ex-Autonomen. Dabei spielen alle grünen Fraktionen ihre Rolle: die Indifferenten, Zerrissenen ebenso wie die „Völkermord-Verhinderer" und ihnen gegenüber die KriegsgegnerInnen mit ihrem Glauben an das gute Deutschland. Der Krieg ist für die Grünen ein Vehikel zur Normalisierung, ihnen und ihrer Klientel kommt im neuen Deutschland jene tragende Rolle zu, die sie sich haben niemals träumen lassen, und mit jedem Statement, sei es nun zerrissen, pro oder contra, vergewissern sie sich dieser neuen Rolle. Die Aufgabe ihrer essentiellsten politischen Forderungen nehmen den Grünen deshalb so wenig Leute übel, weil sie ihren eigenen Gewissenskonflikt wirksam arrangieren, den innerparteilichen Streit kultivieren und sich konsequent ihrer Verantwortung für Deutschland stellen – eine Vorgehensweise, zu der die CDU/FDP-Koalition nicht in der Lage gewesen wäre. Hier hätte sich im Kriegsfalle ein (grüner) Sturm der Entrüstung entfaltet, das belegen die meisten grünen Äußerungen vor der Regierungsübernahme.
„Die politische Aufgabe der Grünen ist erledigt." (Tilman Heller) Sich mit ihnen politisch weiterhin einzulassen und als Bezugspunkte emanzipatorischer Politik nicht aufgeben zu wollen, heißt, ihnen weiterhin den Anschein linker, fortschrittlicher Absichten zuzubilligen. Ein politischer Ansatz wie der der Grünen, der in der weitgehenden Affirmation des deutschen Projekts aufgegangen ist und sich in der Identifikation mit diesem Staat nicht mehr von dem anderer Systemparteien unterscheidet, gehört als das diffamiert was er ist: eine Steilvorlage zur Modernisierung Deutschlands zu einer selbstbewußten, gewissenhaften, kriegstauglichen Nation, die ihre Täter-Vergangenheit in der aktuellen Außen- und Innenpolitik nachhaltig relativiert.
Anders als die eingangs zitierten Beiträge möchte ich also für einen Bruch mit den Grünen werben, der genau an diesen Punkten den Grünen kritisch gegenüber Position bezieht: Der Relativierung der deutschen Nazi-Verbrechen gegenüber, der Inneren Zerrissenheits-Nummer gegenüber und nicht zuletzt gegenüber dem guten, anständigen Deutschland. Mag sein, daß daraus noch einmal eine linke Bewegungsdynamik entsteht, die sich der Berliner Republik wirksam verweigert. Mit den Grünen jedenfalls ist das nicht zu machen.
Die Infrastruktur der grünen Kriegs- und Deutschland-Partei mit sogenannten Kollateralschäden vertraut zu machen, könnte das Verhältnis zwischen Grünen und Autonomen für die nächste Zeit klären. In diesem Sinne sollten wir den Grünen-Parteitag am 13. Mai – nächste Station auf dem Prozeß der Selbstvergewisserung der Grünen - tatsächlich, wie auf der Autonomen-VV vorgeschlagen, zum Anlaß nehmen, dieser Partei den Rest zu geben.

Fred vom Jupiter





ABSCHRIFT eines Faxes vom Pressedienst der PDS

Zur Kenntnisnahme

Beiliegende "*Erklärung eines Insiders aus dem Bonner Regierungsapparat zum Balkan-Krieg vom 7. April 1999*" wurde uns heute anonym zugeleitet. Bitte prüfen Sie selbst, ob der Text für Ihre Berichterstattung von Nutzen ist.

Bonn, 8.4.1999 *Jürgen Reents, Pressesprecher*

Erklärung eines Insiders aus dem Bonner Regierungsapparat zum Balkan-Krieg vom 7. April 99

1. Persönliche Vorbemerkung
2. Zu den aktuellen Lügen von Schröder, Scharping und Fischer
3. Die Kriegsvorbereitung "Roots" - eine covert action des CIA zur Zerschlagung Jugoslawiens

Persönliche Vorbemerkung

Dieses Schreiben übergebe ich einem katholischen Priester, der hier in Deutschland Mitglied der Gruppe "Ordensleute für den Frieden" ist und bitte ihn, unter Wahrung des Beichtgeheimnisses, um Stillschweigen bezüglich meiner Person / Identität. Er wird dieses Schreiben in meinem Auftrag an Multiplikatoren in Medien und Politik weiterleiten.

Ich bin als sogenannter Geheimnisträger in leitender Position im Bonner Regierungsapparat und kann aus Gewissensgründen nicht mehr schweigen. Alle von mir angegebenen Fakten sind für Besserinformierte recherchierbar und überprüfbar.

Der gesamte NATO-Propagandastab und bei uns voran das "Trio Infernale" Schröder, Scharping und Fischer belügen dreist die Öffentlichkeit in fast allen Fakten bezogen auf den Balkankrieg und eine willige Schar von Medienleuten tragen diese Lügen ungeprüft weiter.

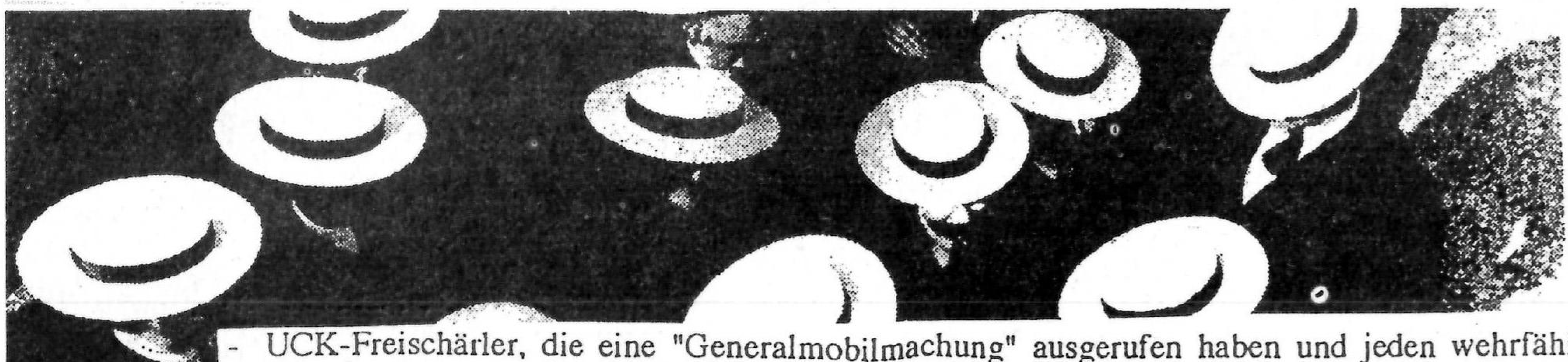
Zur aktuellen Situation

Die Bundesregierung kennt die wahren Fluchtursachen und spielt zynisch mit dem kalkulierten Flüchtlingselend an den Grenzen des Kosovo, um damit das Bild von Deportationen und "ethnischen Säuberungen" aufrecht zu halten.

Die Aufklärung der Bundeswehr wie der NATO überhaupt verfügen dagegen weder Bildmaterial noch über geheimdienstliche Erkenntnisse, Anzeichen und Belege, die für eine systematische Vertreibung oder Deportation von Flüchtlingen durch jugoslawische Spezial-, Armee oder Polizeikräfte sprechen.

Fluchtursachen sind nach internen Erkenntnissen des Verteidigungsministeriums etwa zu gleichen Teilen:

- Übergriffe jugoslawischer Soldaten und Polizeikräfte, jedoch teilweise ausgelöst durch Angriffe / Beschießungen von UCK-Kräften aus der Deckung durch kosovo-albanische Zivilisten. Erkenntnisse liegen vor, daß marodierende jugoslawische Soldaten sofort standrechtlich verurteilt werden.
- NATO-Angriffe und Bomben
- NATO-Bombenfolgen wie Ausfall der Trinkwaserversorgung in fast allen Städten des Kosovo
- Angst, zwischen Fronten von UCK, jugoslawischem Militär und NATO-Angriffen zu gelangen
- Permanente Verbreitung von Angst und Horrorstories durch ca. 100 kleine UCK, NATO oder albanische Piratensender auf UKW in den Bergen, sowie die Propagandasendungen der UCK über Radio Tirana
- Marodierende Banden der albanischen Mafia, die mit automatischen, im albanischen Bürgerkrieg erbeuteten Waffen Schutzgelder erpressen, verlassene Häuser sofort nach Wertgegenständen durchsuchen und brandschatzen
- Marodierende multiethnische Banden aus geflohenen Sträflingen, Deserteuren der albanischen und jugoslawischen Armee, die häufig erbeutete Uniformen der jugoslawischen Armee und nach Belieben UCK-Embleme tragen, die es auf jedem Basar der Anrainerstaaten zu kaufen gibt.



- UCK-Freischärler, die eine "Generalmobilmachung" ausgerufen haben und jeden wehrfähigen Mann anhalten und zum Dienst an der Waffe pressen. Verweigerer werden schwer körperlich mißhandelt und erst nach Zahlung eines Zwangsgeldes freigelassen mit der Verpflichtung, gegen Androhung der Blutrache Stillschweigen zu bewahren und Familien bzw. Medien gegenüber sich als Opfer der Serben auszugeben.
- Die Ankündigung der UCK, die NATO werde um einen Bodenkrieg im Kosovo nicht herumkommen und demnächst einmarschieren
- Teilen der NATO kommt die Massenflucht recht. Wohlwollend wurde der Kommentar des US-Verteidigungsministeriums vom 5. April 99 bei Bonner Militärs aufgenommen, wenn alle geflüchtet seien, könnte man ja im Kosovo flächendeckend zuschlagen.

Der Bundesregierung ist bekannt, daß es im Kosovo keinerlei Konzentrationslager gibt und auch kein Haus mit S für Serben gekennzeichnet wurde. Dies, sowie die Nachricht, in keinem Stadion Pristinas werden Menschen festgehalten, wurde in direktem telefonischen Kontakt Mitarbeitern der Bundesregierung von Vertretern der katholischen Kirche in Pristina übermittelt. Dennoch wird diese Lüge weiter von Scharping verbreitet.

Der Bundesregierung ist ebenfalls bekannt, daß amerikanische und europäische Privatmedien für Videomaterial von Massakern, wahr oder gestellt, an den Grenzen bis zu 200 000 US-$ bieten.

Die NATO und die Bundeswehr unterstützen logistisch die UCK. Verpflegung und Kampfanzüge, sowie Ausbilder kommen meist von der Bundeswehr, sowie aus den USA. Alle UCK-Kommandeure stehen in ständigem Funkkontakt zur NATO.

NATO-Bodentruppen operieren bereits als Spähtrupps auf dem Boden des Kosovo, es handelt sich ausnahmslos um US- und Bundeswehreinheiten zum Ausmachen und Anpeilen von Bodenzielen. Ferner operieren NATO-Offiziere als Verbindugnskommandos zur UCK. Kontakte hierfür stellten US- Und Bundeswehroffiziere unter Mißbrauch ihrer Mission als OSZE-Beobachter schon vor den Bombenangriffen der NATO her. Hierbei wird der Bundestag schlicht ebenso verarscht wie die Öffentlichkeit.

Beim Einsatz deutscher Tornados nimmt der Verteidigungsminister bewußt in Kauf, gegen die "Genfer Konvention" und das internationale Kriegsvölkerrecht zu verstoßen. Dies gilt für Zielerfassung und Zerstörung des Belgrader Militärkrankenhauses ebenso wie für die Angriffe auf Donaubrücken und u.a. damit die Verhinderung / Unterbrechung der ungestörten internationalen Donauschiffahrt zwischen Regensburg und dem Schwarzen Meer, die auch Deutschland als Anrainerstaat der Donau völkerrechtlich garantiert hat.

Kanzler und Außenminister waren sich von Anbeginn darüber im Klaren, daß keine jugoslawische Regierung das Besatzungsstatut unterschreiben kann, wie es im Artikel 6, 8 und 10 von Annex B des Vertrages von Rambouillet festgeschrieben war. Beide waren sich im Klaren, daß dies der Aufgabe der Souveränität ganz Jugoslawiens gleichgekommen wäre. Der Krieg war somit unausweichlich. Experten des Justizministeriums blödelten über diese Passagen, damit hätte die NATO die Rechte eines mittelalterlichen Raubritters in ganz Jugoslawien bekommen. Hinzu kommt, daß nach Angaben des italienischen Rechtsberaters von Rugova bei den Verhandlungen in Rambouillet, Filippo di Robilant, die gemäßigten Kosovo-Albaner nur nach der Zusicherung von Robin Cook unterschrieben, militärische Maßnahmen der NATO würden sich ausnahmslos gegen militärische Objekte richten und es würden Vorkehrungen gertoffen, sowohl in Restjugoslawien wie im Kosovo die Bevölkerung optimal zu schützen.

Codename "Roots" - eine covert action des CIA bereitete den Krieg vor - Ziel ist die Zerschlagung Jugoslawiens durch Verlust des Kosovo, Montenegros und der Vojvodina.

Seit Beginn der ersten Amtszeit Clintons arbeiten die USA in enger außenpolitischer Flankierung durch die Bundesrepublik unter dem Code-Namen "Roots" als "covert action" des CIA und der DIA, einer gemeinsamen Einrichtung des Pentagon und des CIA, mit Beteiligung deutscher Dienste an der militärischen und ethnischen Destabilisierung Jugoslawiens als letzem NATO-resistenten Balkanland.

Ziel von "Roots" ist die Loslösung des Kosovo als Rohstoffbasis Jugoslawiens durch weitgehende Autonomie, Anschluß an Albanien oder Selbständigkeit, die Abtrennung Montenegros als letzem Zugang Jugoslawiens zur Adria und die Loslösung der Vojvodina als Kornkammer und Rohstoffquelle und damit der Zusammenbruch Jugoslawiens als souveräner überlebensfähiger Industriestaat.



Auslöser ist die Furcht der USA und Deutschlands vor einer Allianz zwischen Rußland und anderen GUS-Staaten mit Jugoslawien bei einer Ablösung Jelzins durch kommunistische oder nationalistische Kräfte. Nach altrömischer Sitte des "Divide et impera" setzten die Betreiber von Roots auf direkte Förderung des großalbanischen Nationalismus im Kosovo, aber auch auf die indirekte Finanzierung von royalistischen Tschetniks und serbischen Ultranationalisten im Kosovo durch reiche rechte exilserbische Kreise in Nordamerika und Europa, um einen ethnischen Konflikt zu provozieren. Enttäuschend verlief für die "Roots"-Planer, daß sich 1997 wieder eine friedliche Lösung abzeichnete, als der gemäßigte Sprecher der Kosovo-Albaner vertraglich mit dem systematisch dämonisierten Milosevic vertraglich übereinkam, im Schulwesen die Autonomie wiederherzustellen. Nun wurde die CIA-Gründung UCK, gegründet auf der Basis von Kräften der alabnischen Mafia, die, noch immer wie ihr sizilianisches Pendant, die Bergdörfer im Grenzgebiet zwischen Kosovo, Makedonien, Montenegro und Albanien kontrolliert, im Drogenhandel, Schmuggel, in Schutzgelderpressung etc. aktiv ist und einem Codex mit Blutrache und dem Gesetz des Schweigens operiert, mit im albanischen Bürgerkrieg erbeuteten Waffen auf den Plan gerufen. Aktivitäten des friedlichen Ausgleichs zwischen Albanern und Serben wurden durch Anschläge der UCK aus dem Hinterhalt gegen jugoslawische Polizeieinheiten hintertrieben. Waffen waren genügend im alabanischen Bürgerkrieg erbeutet worden. Die Zivilbevölkerung diente als Schild.

Verstärkt wurden diese Aktionen nach dem erneuten Treffen zwischen Rugova und Milosevic 1998 und führten erwartungsgemäß zu Überreaktionen der Polizei- und Militäreinheiten im Kosovo, die dann im Westen seitens der NATO-Staaten und der UCK als erste Anzeichen ethnischer Säuberungen verkauft werden konnten. Von den durch die UCK Ermordeten war in diesem Zusammenhang nie die Rede, auch nicht davon, wie die Zivilbevölkerung mißbraucht wurde und erst recht nicht von den aus dem Westen finanzierten serbisch-nationalistischen Kettenhunden, die von den gleichen Kreisen rechter Exilserben finanziert waren wie in Bosnien Arkans Tigermilizen und Tschetniks. (Ähnlich finanzierte man aus dem Westen die Ustaschen bei den Kämpfen zur Abtrennung Kroatiens.)

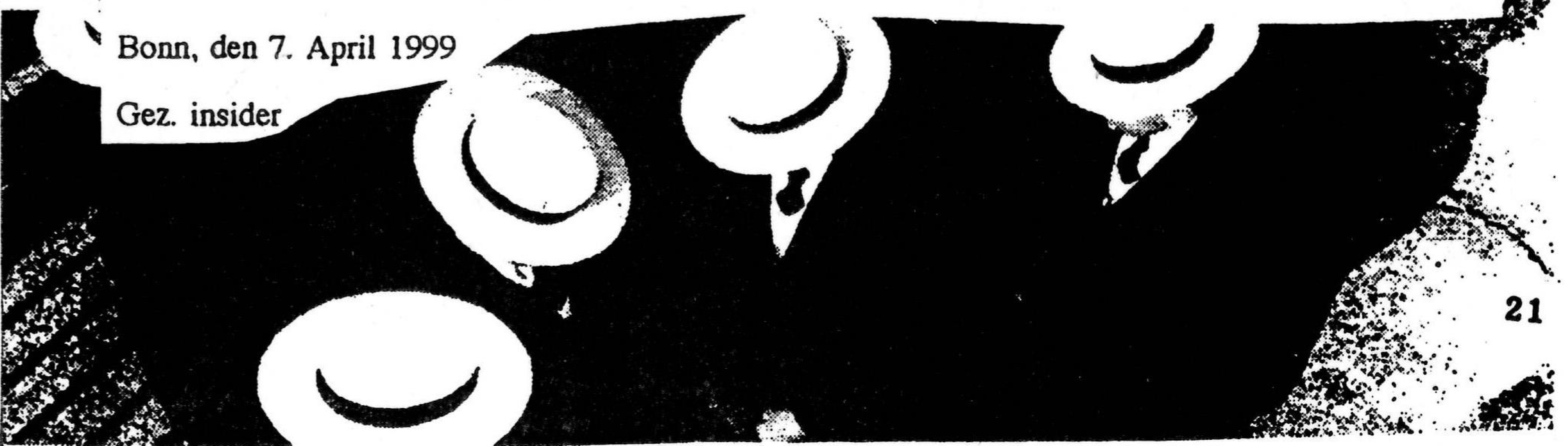
Im gleichen Zeitraum wurde die Basis Montenegro durch Förderung von NATO-freundlichen Politikern und immense Investitionen amerikanischer und EU-Firmen in die touristische Infrastruktur, sowie durch Aufbau sogenannter "prowestlicher" Privatsender unternommen und der heutige Zustand erreicht, daß ca. die Hälfte der Wähler die gegenwärtige NATO-freundliche Regierung unterstützte.

Auf die Vojvodina nahm man über den NATO-Anwärter Ungarn Einfluß. Antiserbische Hetzsender im Grenzgebiet Ungarns zu der Provinz mit einer Mischbevölkerung aus Serben, Ungarn und kleinen deutschen (banater), rumänischen und kroatischen Minderheiten sollte Ressentiments gegenüber dem nahen Belgrad schüren. Die Bomben auf die Donaubrücken trennen nun zielgerecht die Provinz vom Rest Jugoslawiens und fördern einerseits zwangsläufig engere Beziehungen zum NATO-Mitglied Ungarn, andererseits zeigt der Bombenkrieg, konzentriert auf die Städte der Vojvodina mit mehrheitlich serbischer Bevölkerung wie Novi Sad und die Ausnahme der Städte mit mehrheitlich ungarischer Bevölkerung, wer nun Herr im Lande ist.

Wenn diese Vorbereitung eines Angriffskrieges mit Wissen und Billigung der Kohl-Regierung und nun mit Schröder, Scharping und Fischer durchgeführt, nicht vor das internationale Kriegsverbrechertribunal gehört, dann weiß ich nicht, was da sonst verhandelt werden soll. Schluß mit dem NATO und CIA-Krieg gegen das souveräne Jugoslawien. Die "Humanitären" sind entlarvt.

Bonn, den 7. April 1999

Gez. insider





FrauenLesben - Mobilisierungstreffen

Auf zum EU-Gipfel am 3./4. Juni in Köln

Einladung zum norddeutschlandweiten FrauenLesben Mobilisierungstreffen am **16.Mai** um **16.00 Uhr in der Roten Flora, Schulterblatt,Hamburg**

Wie viele von euch wahrscheinlich schon wissen, findet dieses Jahr im Juni der EU- und der Weltwirtschaftsgipfel in Köln statt. Der EU-Gipfel am 3./4. Juni und der Weltwirtschaftsgipfel vom 18.-20. Juni. Ein Bündnis von linksradikalen, autonomen, antifaschistischen und FrauenLesbengruppen mobilisiert zu Gegenaktionen zum Eu-Gipfel. Wir waren auf den FrauenLesbenvorbereitungstreffen in Köln und möchten euch darüber informieren und natürlich zum Mitmachen und Fahren mobilisieren. Wir FrauenLesben werden uns am 3.Juni mit einem FrauenLesbenblock an der linksradikalen, gemischten Demo beteiligen. Freitag, den 4.Juni, wollen wir Köln den ganzen Tag mit vielen, phantasievollen und widerständigen Aktionen unsicher machen, und für Samstag den 5.Juni haben wir eine Demo(Kundgebung) am Frauenabschiebeknast in Neuss geplant. Zwischendrin soll Platz für Austausch und Kennenlernen bleiben.
Ein paar Worte mehr zur Vorbereitung: Wir haben auf dem ersten Treffen eine europaweite Mobilisierung beschlossen, einen vorläufigen Aufruf europaweit verschickt und hoffen, damit viele FrauenLesben angesprochen zu haben. Die Aktionen am Freitag sollen von Gruppen in den verschieden Städten vorbereitet mitgebracht werden, d.h. eure Phantasie und Kreativität ist gefragt.
EU- und Weltwirtschaftsgipfel sind beides Treffen, bei denen die Herrschenden ihre neoliberalistische, rassistische, sexistische und kapitalistische Politik abstimmen und weitere Grundlagen für Ausbeutung hier und weltweit schaffen. Strategien und Gesetze werden vereinheitlicht und die katastrophalen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt ignoriert. Verelendung und Verarmung werden besonders im Trikont in Kauf genommen oder gewollt, solange der Profit für die westliche Welt gesteigert werden kann. Wir haben so die Schnauze voll von dieser brutalen, menschenverachtenden und selbstHerrlichen Politik, die über Leichen geht und uns Nato Angriffskriege, wie gerade in Jugoslawien, als humanitäre Einsätze verkaufen will.
Wir wollen mit vielen nach Köln fahren und sie nicht in Ruhe tagen lassen. Sie sollen wissen und spüren, daß es immer noch viele gibt, die für eine gerechte Welt in Solidarität miteinander kämpfen.

Also, wenn ihr jetzt Lust bekommen habt, zu kommen, kontaktet uns unter:

FrauenLesbenguppe GO
c/o Infoladen
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

P.S.: Wir brauchen **dringend** noch **Sanitäterinnen** (...nicht nur aus dem Norden!!!!!)
Bitte meldet euch unter derselben Adresse !

zum Inhalt des EU-Gipfels:

aus dem offiziellen Text des Präsidentschaftsprogramms:

Die gravierenden Arbeitsmarktprobleme in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen im Mittelpunkt jeder Politik stehen. Zentrales Anliegen der deutschen Präsidentschaft ist daher die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch auf europäischer Ebene. Notwendig ist ein europäischer Beschäftigungspakt und eine Politik der ökologischen Modernisierung.

- Der Beginn der deutschen Präsidentschaft fällt mit der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung zusammen, die der europäischen Integration eine neue Qualität geben wird.
- •Die Verhandlungen zur Reform und Weiterentwicklung der Gemeinschaftspolitiken und der Finanzen im Rahmen der Agenda 2000 werden in ihr entscheidendes Stadium treten.
- Gleichzeitig mit der Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union wird Deutschland auch den Vorsitz in Schengen, der Westeuropäischen Union (WEU) und in der G 8 ausüben. Damit trägt die Bundesrepublik Deutschland im ersten Halbjahr 1999 eine große internationale Verantwortung.
- Schließlich wird während der deutschen Präsidentschaft das Europäische Parlament gewählt.

Diesen Zielen sieht sich die deutsche Präsidentschaft im besonderen Maße verpflichtet. Anliegen der deutschen Präsidentschaft sind:

•mehr Beschäftigung für ein Europa im globalen Wettbewerb, •die innere Festigung und Fortentwicklung der Union und •die Stärkung und Fortentwicklung des Profils der Europäischen Union in ihren Außenbeziehungen.

Sechs Monate Beugehaft gegen Zeugen im "AIZ-Prozeß" verhängt

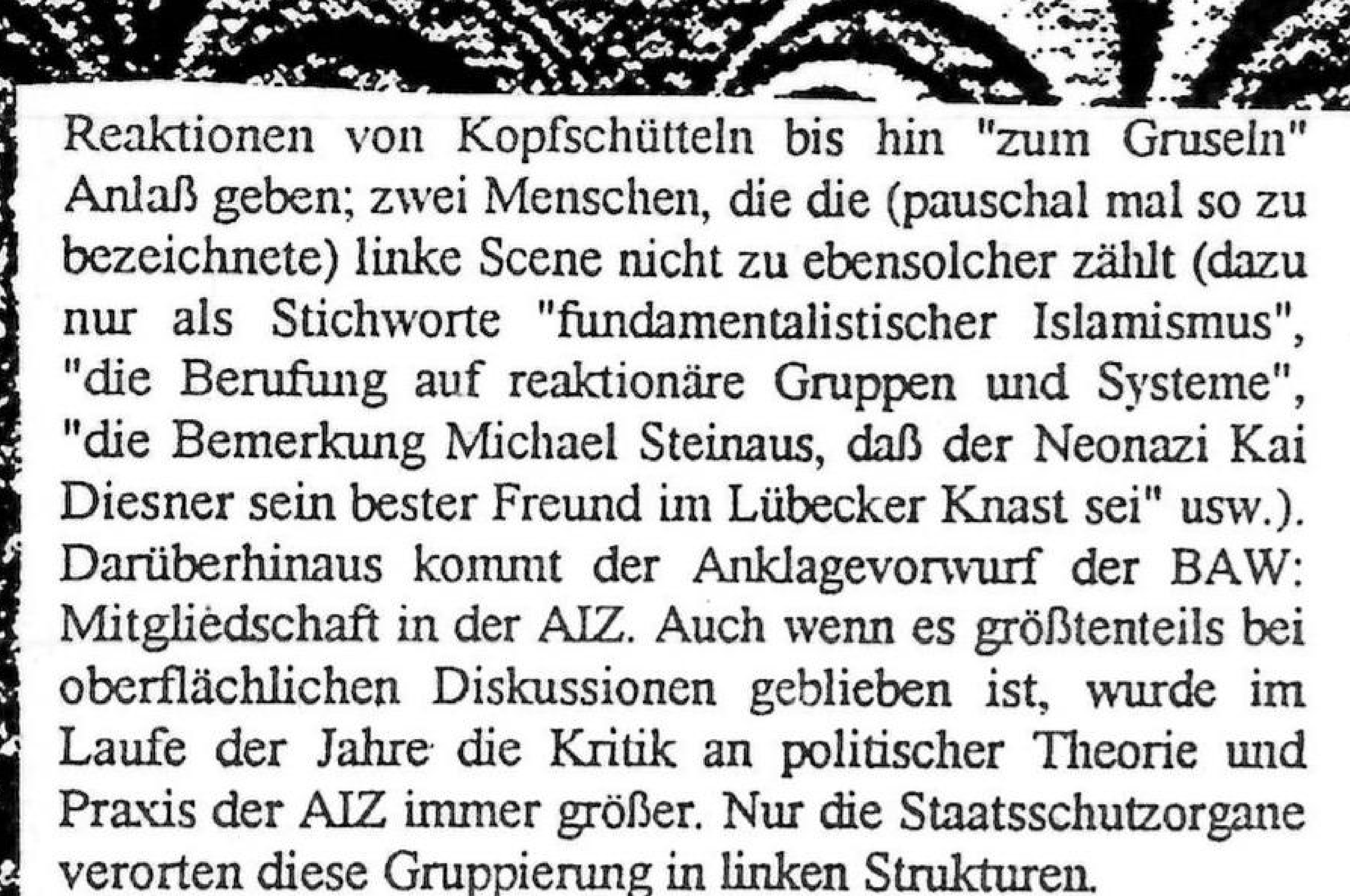
Über die ZeugInnenvorladungen im "AIZ-Prozeß" und auch über die Beantwortung "unverfänglicher Fragen"

Seit November 1997 sind Bernhard Falk und Michael Steinau vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf angeklagt nach §129a Strafgesetzbuch wegen der angeblichen Mitgliedschaft in der "terroristischen Vereinigung Antiimperialistische Zelle" (AIZ) sowie der angeblichen Beteiligung an mehreren Sprengstoffanschlägen. Ein Zeuge des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, Düren, präsentierte dem Gericht seine Geschichte, in der die ehemalige Aachener Antirepressionsgruppe ein Forum der AIZ gewesen sein solle. Drei Frauen wird die Mitgliedschaft in der AIZ vorgeworfen, andere Personen der Antirepressionsgruppe hätten nach Düren sicherlich etwas gewußt, andere etwas geahnt. Aber auch Menschen aus anderen Städten wirft er vor, angebliche "Kontaktpersonen" der beiden Angeklagten zu sein. Seine Anschuldigungen beziehe er aus sogenannten Quellen aus dritter Hand, die aus *"Gründen der Geheimhaltung nachrichtendienstlicher Mittel"* und aus *"Quellenschutz"* nicht bekanntgegeben werden könnten, ansonsten beruft er sich bei seiner Konstruktebastelei auf seine *"nachrichtendienstliche Überzeugung"*.

Anfang März diesen Jahres ließ der Vorsitzende Richter Ottmar Breidling sieben Leute als ZeugInnen vorladen, u.a. den von Hamburg nach Berlin umgezogenen Frank Ament. Er legte jedoch eine Krankmeldung vor und wurde daraufhin für den 23. März erneut vorgeladen. Frank ging nicht hin und das Gericht verurteilte ihn zu 400,- Mark bzw. 4 Tagen "Erzwingungshaft". Am Sonntag Abend, den 11.4.1999 wurde er dann in seiner Berliner Wohnung festgenommen und am nächsten Morgen in Düsseldorf zwangsvorgeführt. Im Gerichtssaal blieb er dann mit dem Rücken zur Richterbank stehen und reagierte auf keine der ihm gestellten Fragen. Der Strafsenat fand dies ein "ungebührliches Verhalten" und verurteilte ihn zunächst zu einer Woche Ordnungshaft und wünschte gleich seine nächste Vorführung für Dienstag, den 20. April. Der Vorsitzende Richter befürchtete jedoch, daß Frank sich nach seiner Freilassung aus der Ordnungshaft am Montag absetzen könnte, und weil Frank *"aus politischen Gründen"* sämtliche Aussagen verweigere, verhängte der Senat daraufhin gegen Frank sechs Monate Beugehaft sowie 800.- Mark Zwangsgeld. In der Begründung nahmen Strafsenats und Bundesanwaltschaft (BAW) dabei auch Bezug auf einen Artikel in der Interim (Nr. 473 von 8.4.1999), den Frank angeblich geschrieben haben solle. Richter Breidling gab den beiden Angeklagten zu verstehen, daß er die Beugehaft gegen Frank aufheben könne, insofern sie sich bereit erklärten, Aussagen zu machen *"zu den Dingen, die der Zeuge weiß"*. Somit hätten diese es zu verantworten, daß Frank nun im Knast sitzt. Beide Angeklagten ließen sich darauf nicht ein.

Frank *"verweigert aus grundsätzlichen politischen Erwägungen, die nichts mit dem konkreten Strafverfahren zu tun haben, die Aussage vor dem Staatsschutz-Senat"* (aus der Presseerklärung der Roten Hilfe vom 12.4.99). Er läßt sich folglich nicht auf die miesen Spielregeln der Justiz ein, die z.B. vorgaukeln, es bestünde die Möglichkeit, ein von Staatsschutzorganen konstruiertes Bild "gerade zu rücken". Auch die kleinste Bemerkung wird von eben diesen Behörden nicht nur registriert, sondern auch entsprechend interpretiert und als Mosaiksteinchen in ihr Konstrukt eingefügt. Dies trifft auch auf die Beantwortung sogenannter "harmloser Fragen" zu, denn was sind schon harmlose und unverfängliche Fragen, wie harm- und konsequenzlos die Antworten? Das Interpretationsmonopol dessen liegt immer beim Staat; sich also auf solche justiziellen Spielchen einzulassen, ist naiv und gefährlich für sich selbst wie für andere - auch wenn's eineR auf den ersten Blick nicht so wahrhaben will!
Eine weitere Variante der Justiz ist auch die Möglichkeit der Anwendung des § 55 StPO (Auskunftsverweigerungsrecht wegen möglicher Selbstbelastung). Die Spielregeln bestimmt einzig und allein die Justiz: zu welchen Fragen/Fragenkomplexen gnädigerweise die/der ZeugIn nichts sagen braucht, wobei sie/er auch in Erklärungszwang gelangen kann, warum denn gerade die eine Frage belastend sein könne; der kleine Schritt von ZeugIn zu BeschuldigteR. Hier mitzuspielen heißt dann auch, die staatlichen Spielregeln zu akzeptieren. Die Entscheidung, sich auf den § 55 zu berufen, ist nicht einfach zu treffen. Die/der ZeugIn riskiert bei konsequenter Aussageverweigerung Beugehaft. Dazu kommt dann die Frage, ob das finanziell getragen werden kann (40.- Mark pro Tag Beugehaft, Wohnungsmiete, laufende Kosten, AnwältInnenkosten, etc.), und noch viel wichtiger: wird die/der ZeugIn in Beugehaft die Kraft haben, diese Zeit psychisch und physisch "durchzustehen", die nötige Unterstützung "von außen" bekommen und nicht alleine gelassen? *"Voraussetzung für solch eine Auseinandersetzung sind Gruppenstrukturen, in denen persönliche Grenzen und Schwierigkeiten bezüglich der Verhältnismäßigkeit zwischen Aussageverweigerung und den Konsequenzen besprechbar sind. Dabei sind mit Konsequenzen nicht nur die persönlichen Folgen durch Aussageverweigerung, sondern auch die politischen bei dem Einlassen auf Fragen gemeint."* (aus: "aufruhr. widerstand gegen repression und § 129a", ID-Archiv 1991). Was ist, wenn solche Gruppenstrukturen fehlen oder eine entsprechende ehrliche Diskussion nicht stattfindet? Nicht jedeR ist gleich stark und mutig oder schüttelt sich die Entscheidung so mal aus dem Ärmel.

Gerade bei diesem sogenannten "AIZ-Prozeß" werden (nicht nur) die ZeugInnen mit weiteren Schwierigkeiten konfrontiert: Es geht hier um einen Prozeß gegen zwei Menschen, die seit nunmehr mehr als drei Jahren in Untersuchungshaft sitzen und deren Äußerungen zu



Reaktionen von Kopfschütteln bis hin "zum Gruseln" Anlaß geben; zwei Menschen, die die (pauschal mal so zu bezeichnete) linke Scene nicht zu ebensolcher zählt (dazu nur als Stichworte "fundamentalistischer Islamismus", "die Berufung auf reaktionäre Gruppen und Systeme", "die Bemerkung Michael Steinaus, daß der Neonazi Kai Diesner sein bester Freund im Lübecker Knast sei" usw.). Darüberhinaus kommt der Anklagevorwurf der BAW: Mitgliedschaft in der AIZ. Auch wenn es größtenteils bei oberflächlichen Diskussionen geblieben ist, wurde im Laufe der Jahre die Kritik an politischer Theorie und Praxis der AIZ immer größer. Nur die Staatsschutzorgane verorten diese Gruppierung in linken Strukturen.
Dieser Absurdität noch eins draufgesetzt, finden sich die linken Menschen, die jahrelang beschnüffelt und ausspioniert, mit wahnwitzigen Anschuldigungen und Bedrohungen überhäuft wurden und werden, in der Situation wieder, fast völlig auf sich selbst zurückgeworfen zu sein. Manche Leute der linken Scene befürchten wohl, daß sie sich bei einer solidarischen Haltung gegenüber diesen "Betroffenen", die vom Staatsschutz die AIZ ans Bein geflickt kriegen, mit sowas wie einer ansteckenden Krankheit infizieren könnten. Also lieber Augen, Ohren, Mund zu und auch nicht mehr dran denken?! Andere scheinen vielleicht gar nicht um eine Auseinandersetzung verlegen, nur müsse da - unausgesprochen - erstmal eine Distanzierung (von der AIZ, von den Angeklagten, von ...?) her, vielleicht soll's sogar öffentlich sein, namentlich? Die linke Geschichte, das politische Denken und Handeln der nun "Betroffenen" verkommt zum Nebenschauplatz, eine mögliche Solidarität würde dann nur noch von der "richtigen" Distanzierung abhängig gemacht. Fatale Auswirkungen kann so eine Einstellung haben, würde sie (in-)direkt im Gerichtssaal "eingefordert". Die Konsequenz eines "Negativraster" (wer distanziert sich, wer nicht) ist nur ein Punkt. *"(E)gal ob jemand der angeklagten Politik nah oder fern steht: der Gerichtssaal ist nicht der Ort, wo Linke über richtige Politik diskutieren können und sollen!"* (aus der Presseerklärung der Roten Hilfe vom 12.4.99).

Mittlerweile sind fast anderthalb Monate vergangen, nachdem am 2./3. März 99 sieben Leute als ZeugInnen vorgeladen wurden. Vor den Prozeßterminen versuchten Gericht und/oder Bundeskriminalamt, telefonisch mit zwei im Ausland lebenden Frauen Kontakt aufzunehmen. Die in Belgien wohnende Frau erschien nicht zu ihrer Vernehmung, eine in den Niederlanden lebenden Frau kam ebenfalls nicht (vor Gericht wurde bekanntgegeben, daß die ZeugInnenvorladung an sie nicht abgeholt worden ist). Laut Schengener Abkommen können die beiden Frauen nicht mit Zwangsmaßnahmen wie Androhung von Geldbußen, Beugehaft belegt werden, solange sie sich nicht in Deutschland blicken lassen...
Da Frank auch nicht kam, standen schließlich vier ZeugInnen vor Gericht. Alle vier beriefen sich bei ihrer Vernehmung auf den § 55. Die vom Rechter gestellten Fragen gingen u.a. über einen möglichen persönlichen Kontakt zu Bernhard und/oder Michael, Bernhards und Michaels mögliche Kontakte in andere Städte, ob Bernhard gelegentlich in die Niederlande gereist sei und ob er dort Papiere bei einer oder beiden Frauen hinterlassen hätte, die dort wohnen, Fragen, ob Bernhard, Michael und der/des ZeugIn selbst Mitglied in der AIZ gewesen seien, über die mutmaßliche Teilnahme der/des ZeugIn an der Aachener Antirepressionsgruppe, über Reaktionen in der Aachener Scene auf die Festnahme der beiden Angeklagten.
In der "jungle World" vom 17.3.99 ist in dem Artikel "Anna und Arthur schweigen" zu lesen: *"Unverfängliche Fragen wurden beantwortet, alles was konkret die Szene betraf, mit Aussageverweigerung quittiert. Nicht ganz so, wie es 'Anna und Arthur' gehalten hätten, urteilt eine Prozeßbeobachterin, aber 'für die AIZ geht wirklich niemand wegen Aussageverweigerung in den Knast'."*
Wie schon beschrieben, ist eine Einschätzung, was denn da der Staatsschutz-Senat für verfänglich oder unverfänglich halten könnte, sehr gewagt! In einer Erklärung der "ProzeßbeobachterInnen und ZeugInnen im 'AIZ-Prozeß'" (Angehörigen-Info 218, 19.3.99) heißt es: *"Insgesamt ist von den ZeugInnen der Großteil der Aussagen verweigert worden (eine Zeugin verweigerte jegliche Aussage). Die gemachten Aussagen lauteten in der Regel: 'Weiß ich nicht' oder 'Nein' - letztere z.B. auf die Frage: 'Waren Sie Mitglied der AIZ?' "*. Also wenn das keine verfängliche Frage (und Antwort!) ist! Ebenso unverständlich ist es, wenn eine von dem Richter präsentierte Aussage einer "Kronzeugin" vor Gericht nicht nur bestätigt, sondern auch noch erläutert wird. Das sind nur zwei Beispiele! Inwiefern es "unverfänglich" ist, auf einige Fragen keine Aussagen zu machen, dann aber etliche Fragen mit "ich weiß nicht" zu antworten, wird Interpretationssache des Gerichtes und der BAW sein. Vielleicht war das mit den "unverfänglichen Fragen", die beantwortet wurden, auch nur eine Interpretation des "jungle World"-Autors gewesen, wer weiß? Dasselbe gilt dann auch für das völlig unsägliche Statement *"für die AIZ geht wirklich niemand wegen Aussageverweigerung in den Knast"*. Und nun sitzt Frank in Beugehaft. "Für die AIZ?" - So' n Quatsch!
Im "interim"-Artikel vom 8.4.99 heißt es (zurecht!) vorwurfsvoll: *"vorher politisch sich zu aussageverweigerung erklären + dann verkommt ein prozeßbunker zur gemeinsamen schwatzbude"*. Denn noch in dem Mobilisierungsflugi zu den ZeugInnenvorladungen am 2. und 3. März *"weigern sich (die ZeugInnen aus dem sogenannten Umfeld) sich in das AIZ-Konstrukt einzufügen, Ermittlungsverfahren gegen sich oder FreundInnen und GenossInnen durch Aussagen auf die Sprünge zu helfen, sich dem Interesse von VS und Gericht zu unterwerfen"*. Aussagen wurden gemacht! Es stellen sich ein ganzer Haufen Fragen, wie es soweit kommen konnte, wie damit nun umgehen, was und wie weiter?

Frank muß raus! Sofort!

Liebe und kämpferische Grüße von Tom & Jerry!

Frank' s Adresse ist: Frank Ament, z.Zt. JVA Düsseldorf, Ulmenstraße 95, 40476 Düsseldorf
Das Spendenkonto der Roten Hilfe (Kohle für laufende Kosten, anwaltliche Unterstützung usw.):
Rote Hilfe (Beugehaft), Nr. 775280107, bei Postbank Berlin, BLZ 10010010.



Projektvision

Aguas Calientes Kesselberg Internationale Ya Basta-Begegnungsstätte

37 kW Windanlagen
TELEKOM
Haus 6
Benjes-Hecke
Windkonverter
Kräutergarten
Musterdach
Haus 5
Haus 7
Schrottplastik
Ginkgo-Bäume
Haus 3
Haus 8
Pflanzenkläranlage
Haus1
Haus 10
Haus 11
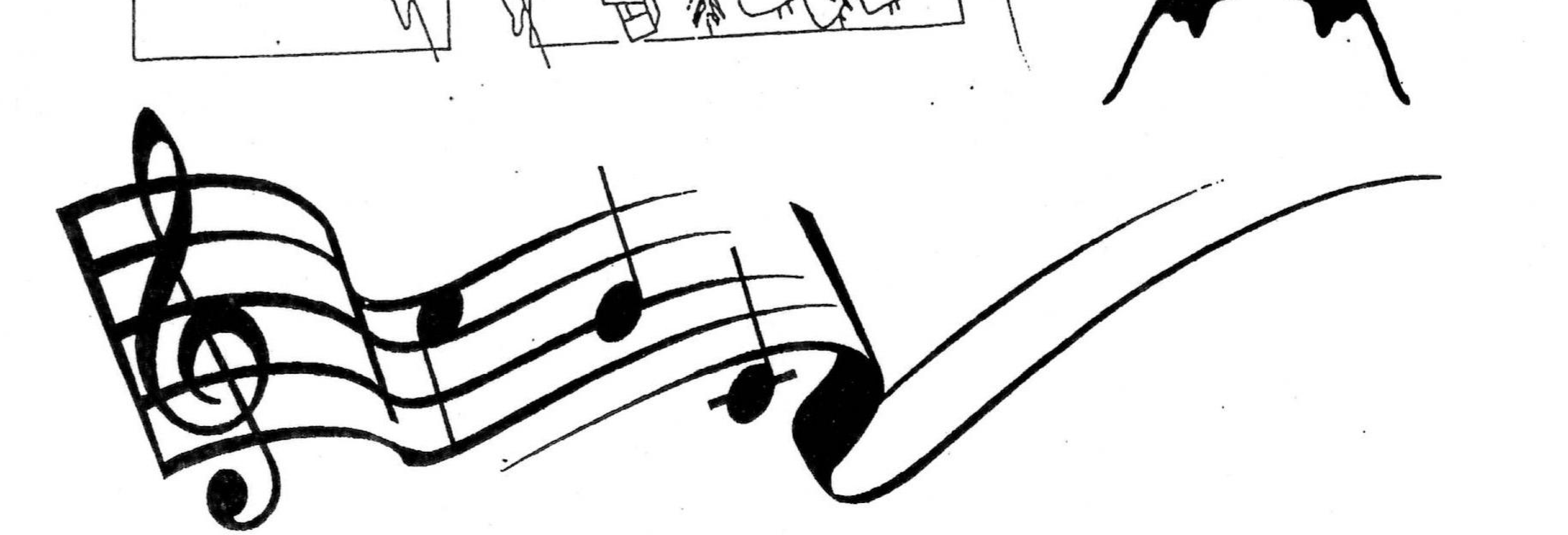
****

Wolltest du nicht schon immer mal etwas Gutes und Revolutionäres gemeinsam mit anderen utopistischen Realisten und unverbesserlichen Weltverbesserern tun?

Für die Befreiung der Menschheit von Dummheit und Leid, von Krieg, Zerstörung, Unterdrückung und Ungerechtigkeit und anderen menschlichen Dämlichkeiten?

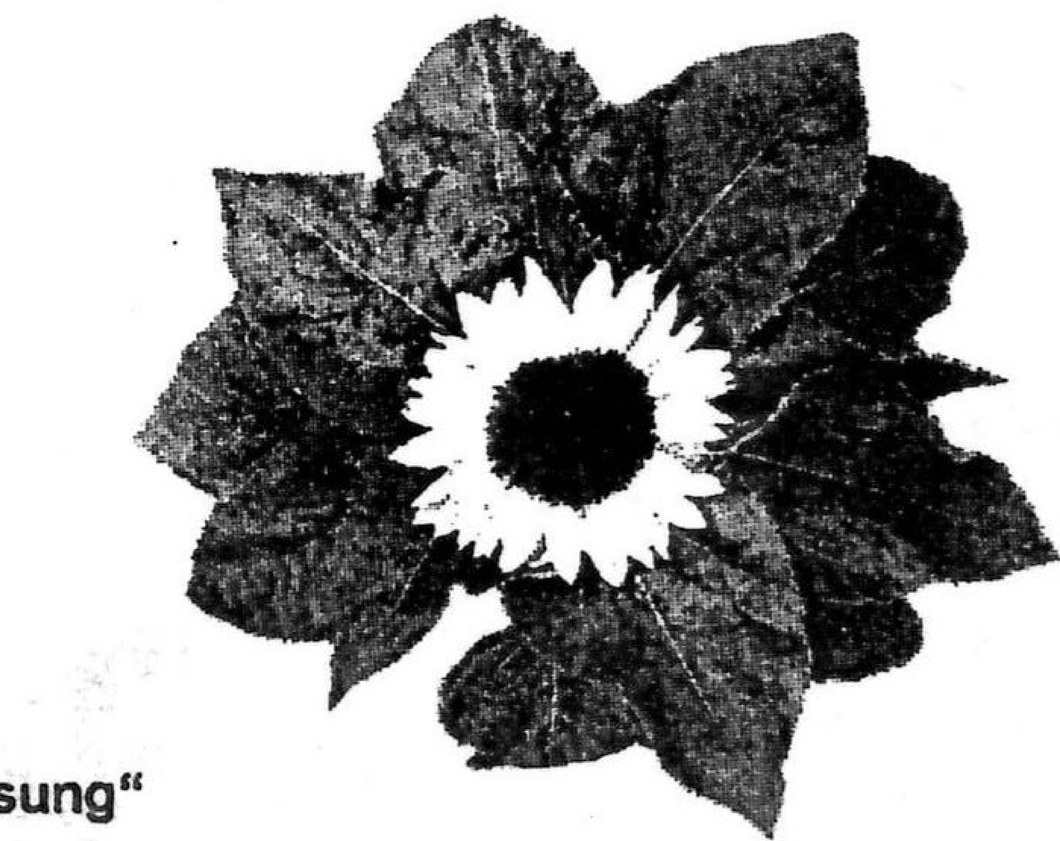
HIER IST (D)EINE CHANCE
MACH MIT -
SEI DABEI -
GIB ALLES...!

Wir wissen nicht, wie die Lösung aussehen wird.
Wir haben immer noch nicht die Zauberformel für ein perfektes System, in dem alle perfekt funktionieren werden müssen.
Wir wissen nur eins -
dieses Land, dieses System ist es nicht, hinter uns der Misthaufen unserer Geschichte, vor uns die Zukunft - die Chance zur Freiheit. Eine Welt, in die viele Welten passen können.
Wir müssen uns einfach nur auf den Weg machen.
Wir suchen, wir experimentieren, wir hoffen, wir basteln, wir diskutieren und streiten, wir bauen, wir hauen uns dabei auf die Finger und gegenseitig auf die Köpfe, bis es paßt, bis der Schmerz, das Leid, die Dummheit endlich besiegt ist. Bis dahin liegt noch ein langer Weg und schwieriger, spannender Prozeß vor uns. Und Spaß muß aber dabei sein!

- 35 km von Berlin-Mitte
- mitten im Wald, auf eine 45ha Waldgrundstück
- eigene Wasserversorgung
- eigene Pflanzenkläranlage
- viele Gebäude incl. 3 Werkstatthallen
- neue Sanitär- und Heizungsanlage
- Solar- und Windanlagen für Strom und Warmwasser







„Gebrauchsanweisung“

Das Objekt war zu DDR-Zeiten Funküberwachung und Sendeanlage der Stasi.

Nach der Wende hatte der örtliche Bürgermeister (Bündnis 90/Die Grünen) ein ABM-Projekt daraus gemacht. Weiterhin hatte er sich zusätzlich einen alternativen ABM-Träger aus Kreuzberg (Atlantis GmbH) auf's Gelände geholt (Regenerative Energien, Windräder, Warmwasserkollektoren, Photovoltaik, ABM-Weiterbildung im ökologischen Bereich).

96 kaufte Atlantis das Gelände von der Treuhand für 700.000 + 400.000 Investitionsauflage.
Was zum Konkurrenzverhältnis und Bruch der Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister führte.
Der Kauf wurde über einen Bankkredit finanziert.

Im März 98 machte Atlantis wegen Mittelkürzungen Konkurs.
Das Amtsgericht setzte einen treuhänderischen Konkursverwalter ein. Mit dem Konkursverwalter wurde Kontakt aufgenommen und eine Vereinbarung zur Sicherung des Geländes abgeschlossen bis zur Übergabe an einen neuen Eigentümer.
Dieser Zeitraum ist eine Chance für alle Leute, die am Stadtrand von Berlin gemeinsam ein politisches Existenzgründungs- und Wohnprojekt aufbauen wollen.
Bevor es irgendwelchen Spekulanten oder dem Zerfall zum Opfer fällt, gibt es eine Galgenfrist, die Interessierten, Suchenden und Entschlossenen die Chance gibt, das Objekt als „volkseigenen Betrieb“ in Selbstverwaltung „sicherzustellen“.

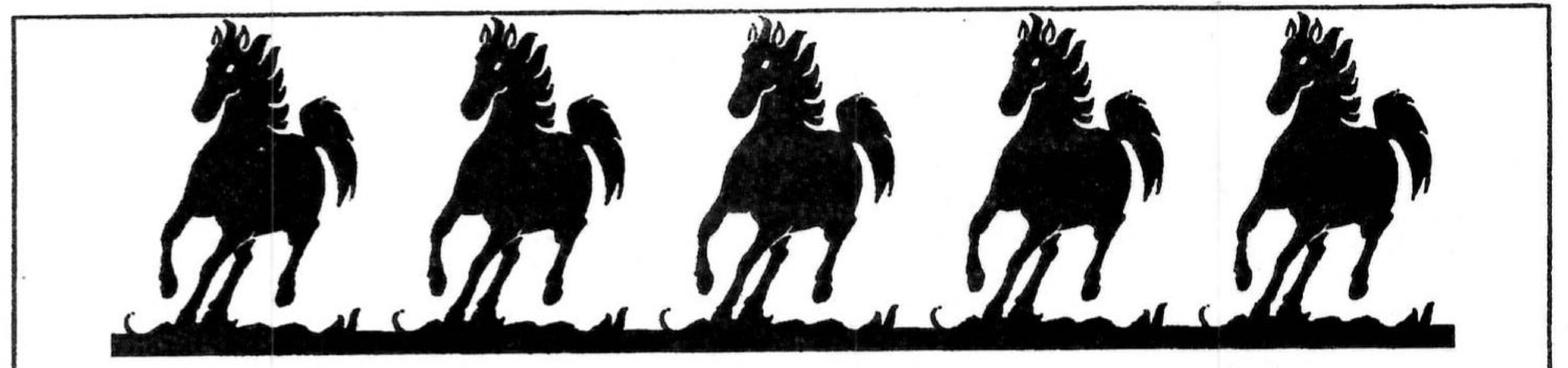


Dazu soll dieses Info inclusive mehrerer Arbeitstreffen für Interessierte und Entschlossene dienen.
Die ersten öffentlichen Termine sind am : 9. Mai 1999 und 6. Juni 1999 um 15 Uhr im Mehringhof in den Räumen des FDCL (Dachetage).

Die Projekt-Vision ist zur Zeit noch sehr offen.
Das Gelände bietet Raum für viele verschiedene Unterprojekte, wenn die Köpfe und Herzen der Beteiligten nicht in der Quadratur des eigenen Denkens und Enge des eigenen Herzens gefangen bleiben.
Es ist aber nicht beliebig grenzenlos.
Es soll einen sozialen und politischen Minimalkonsens für alle Beteiligten geben.
Die beiliegenden Texte sollen einen Rahmen vorschlagen, eine Diskussionsgrundlage als Einstieg in die praktische und inhaltliche Diskussion für ein mögliches und unmögliches gemeinsames Projekt sein.
Sie sind entstanden in eine Seminar-Reihe eines internationalistischen und bundesweiten Chiapas-Netzwerkes. Die Projekt-Vision und Seminar-Texte sind dort diskutiert worden und beziehen sich deshalb darauf.

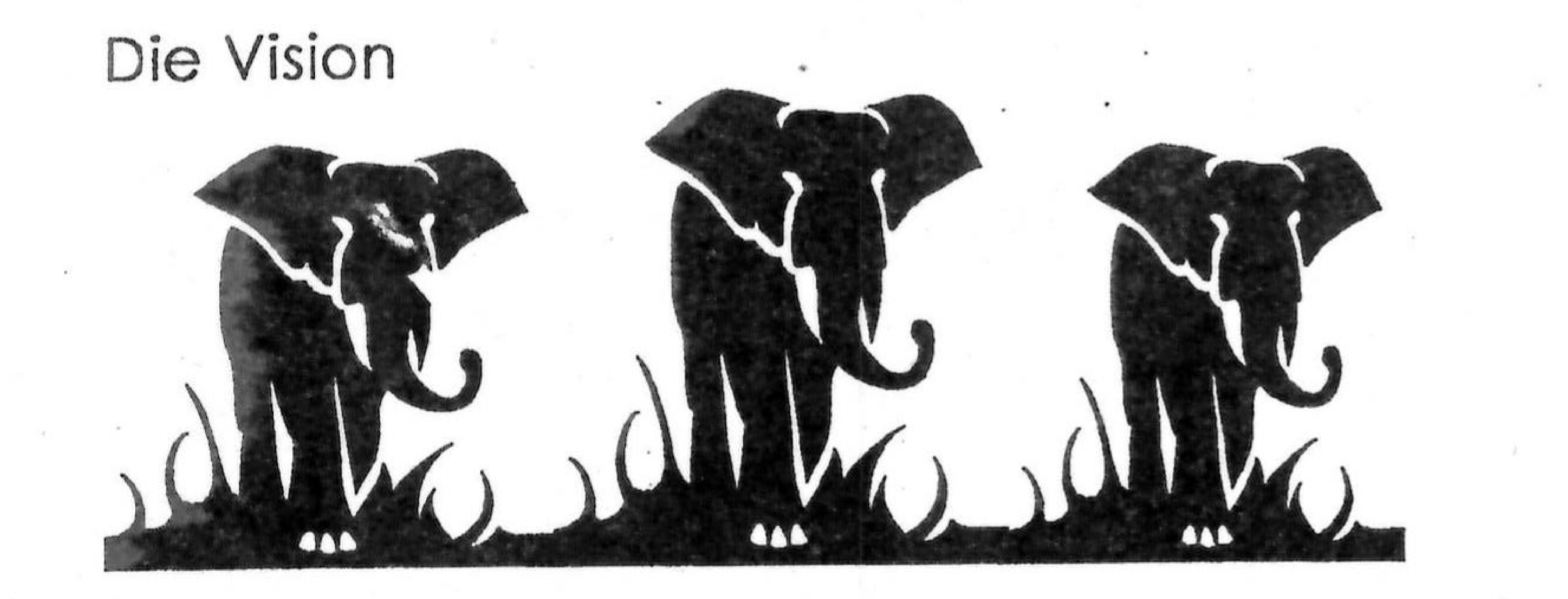
Tja, also: wer nicht wagt, der nicht gewinnt (oder nur nicht verlieren kann).

Also, bis bald:



9. Mai und 6. Juni 1999
15 Uhr
im Mehringhof
Gneisenaustr. 2a
FDCL (Dachetage)
Für zwischendurch Infos: 03362/882230

Die Vision



Diese Projektvision ist ein konkreter Projektvorschlag, der einer theoretischen Diskussion,eine praktischen, experimentellen Erfahrungsrahmen geben kann.
Ein Sich-Kennen-Lernen, Sich-Einschätzen-Lernen, Gruppenbildungsprozeß, Existenzgründungen sind mögliche Stationen beim Aufbau eines größeren Netzwerkes selbstbestimmter Lebensräume, einer politischen Bewegung, die über ihren Modellcharakter hinaus auf die gesellschaftliche Entwicklung Einfluß nimmt.

****

In diesem Sinne wollen wir einen konkreten Ort (und viele andere)schaffen, einen Ort der Hoffnung, des Widerstandes, der Utopie, der Phantasie, der Kreativität, der Ruhe, der Besinnung, der Geborgenheit, der Kraft, der Begegnung, des Austausches, der Solidarität, des Wissens, der Erfahrung, der Weisheit, der Theorie und Praxis. Eine Lehrwerkstatt, eine Hexenküche voller Zauberlehrlinge, ein Versuchs- und Experimentierlabor, Modell und Denkfabrik für ein besseres, befreites Leben.

Nicht der Gewinn, nicht der Profit, nicht der entfesselte, zerstörerische Materialismus, nicht die Machtgier sollen im Mittelpunkt stehen - nein!!

Sondern die Solidarität, der Geist, die Schönheit, die Liebe, die Freiheit. Individualität und Kollektivität.

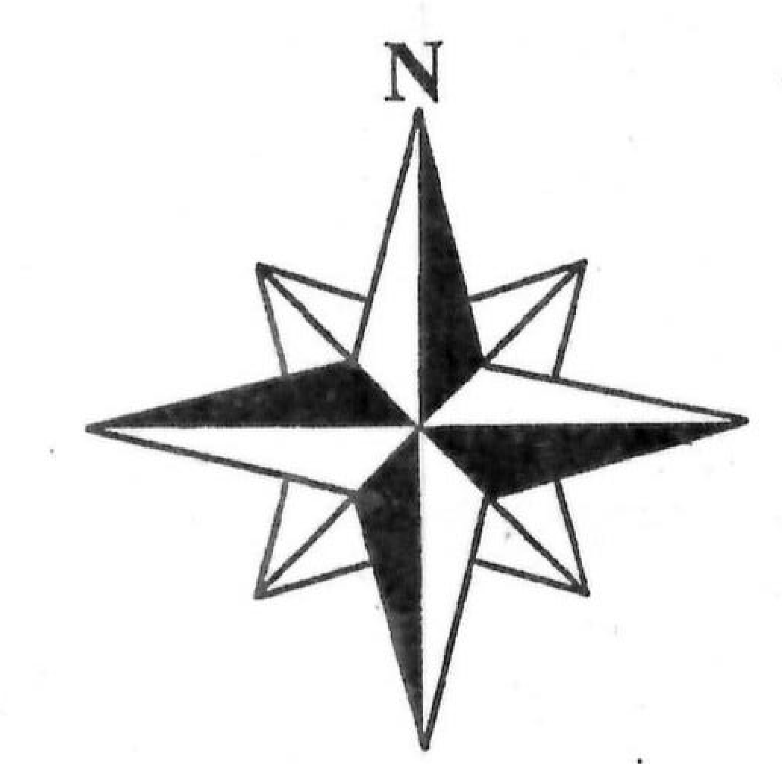
Seien wir realistisch, versuchen wir wiedermal das Unmögliche.

Nun genug der schönen Worte. Laßt uns die hohen Ansprüche an unseren konkreten Taten messen.

Wo ist denn nun einer dieser, der magische Ort?!!

All-Gemeine Antwort:
Überall dort, wo Wesen in diesem Universum in diesem Geiste zusammenarbeiten.





Konkrete Antwort:

* 35 km von Berlin-Mitte
* mitten im Wald, auf eine 45ha Waldgrundstück
* eigene Wasserversorgung
* eigene Pflanzenkläranlage
* viele Gebäude incl. 3 Werkstatthallen
* neue Sanitär- und Heizungsanlage
* Solar- und Windanlagen für Strom und Warmwasser

Kosten:
Kaufpreis + Investitionen für Um-, Ausbau, Betriebskosten
Anlaufphase ca. läppische 1,0-1,5 Mio DM (kann auch weniger werden)



Bisherige konkrete Nutzungskonzeption:

Das Projekt soll in dem in der Vision beschriebenen Sinne ein Ort des geistigen und praktischen Austausches fortschrittlichen, emanzipatorischen, revolutionären Wissens und Handelns sein.

Ein Ort, an dem jede/R lehren und lernen darf, geben und nehmen soll. Eine Schule, eine Universität, ein Kindergarten, eine Werkstatt für Große und Kleine, Kluge und ganz Kluge, Schöne und ganz Schöne, Revolutionäre und ganz Revolutionäre, Arme und ganz Arme, für Menschen von allen Teilen dieses Planeten, ob legal oder illegal ist uns ganz egal, ohne Grenzen und Schießanlagen.

Für MusikerInnen, TänzerInnen, DichterInnen, SchauspielerInnen, ZauberInnen und alle LebenskünstlerInnen, die für eine bessere, befreite Welt mitmachen wollen...

******

So, jetzt aber mal bitte etwas konkreter:

Dazu sollen die Menschen hier in Gruppen, Seminaren, Kursen, workshops, Konferenzen, Tagungen, Workcamps, Sommercamps lehren und lernen.

JedeR soll sein Wissen und seine/ihre Fähigkeiten anbieten können.
Für die Dauer der Seminare, Kurse etc. sollen die Menschen hier gemeinsam wohnen, übernachten können. Auch wer hier „nur" zur geistigen und körperlichen Erholung, zu persönlichen Gesprächen mit Bekannten und noch Unbekannten sein möchte - soll Zeit und Raum finden können.

Ein fester Kern von Menschen soll die Angebote koordinieren, Programme, Werbung, Öffentlichkeit herstellen und in Zusammenarbeit mit den „Lehrenden" alles Mögliche und Unmögliche für ein gutes Gelingen versuchen.

******



Die Bereiche, an denen bisher ein sehr konkretes Interesse vorhanden ist, sind

-internationale Vernetzung
-politische Bildungs- und Seminararbeit
-politische Geschichte, Gegenwart und Zukunft
-alternative Gesellschaftsmodelle
-Antirassismus und internationale Solidarität
-Alternative Ökonomie - Selbsthilfe und selbstverwaltete Lebens- und Arbeitsformen
-Kooperativen, Genossenschaften
-Internationaler Jugend- und Kulturaustausch
-Internationale Workcamps - Soli-Projekte
-Betriebs- und Existenzgründungen in den Bereichen
-Alternative Medizin
-Ökologische Technologie-Entwicklung, -Forschung, -Bildung, -Wissenschaft
-Ökologisches Bauen, Land- und Forstwirtschaft-
-Freier Radiosender

******

Na, noch Interesse?! ....

Finanzierungsmodelle:

Nochmal zu den Finanzen:
Eine 100%ige Finanzierung über einen Bankkredit auf ca. 20 Jahre sind bei den momentanen Zinsen eine monatliche Belastung von ca. 5500 DM plus Strom, Gas, Versicherungen ca. 2000-3000 DM. Zusammen ca. 8000 DM monatliche Fixkosten plus Ausbau, Investitionen und Löhne.

Modell A

1000-2000 Menschen beteiligen sich pro Person 1000 DM Anteil, Aktie, Schenkung oder 12 Monate jeweils 100 DM
Die eingezahlten Beiträge können nach Ablauf einer Stabilisierungsphase auf Wunsch wieder ausgezahlt werden.
Vorteile: keine Kredite, keine Zinsen, keine Abhängigkeiten, keine erdrückenden monatlichen Verpflichtungen

---

Modell B

400-2000 Menschen geben eine schriftliche Bankbürgschaft zwischen 1000-5000 DM

Auf die Gesamthöhe der Sammelbürgschaft wird ein Kredit aufgenommen, der über eine Laufzeit von 10-30 Jahren abgezahlt wird. Kreditgeber können Privatpersonen, Banken oder Genossenschaften sein.

Eigentümer im juristischen Sinne kann eine Stiftung, ein Fonds oder eine Genossenschaft sein.
Eigentum im sozialen, politischen Sinne ist eine soziale, emanzipatorische Bewegung (das Ya Basta Netzwerk), die mittels der Stiftung, Genossenschaft, einer konkreten, verantwortlichen Personengruppe das Objekt als NutzerInnen zur Verfügung stellt.
Grundlage dafür sind die sozialen, politischen und ökologischen Nutzungskriterien der Stiftungs-Genossenschafts-Satzung.

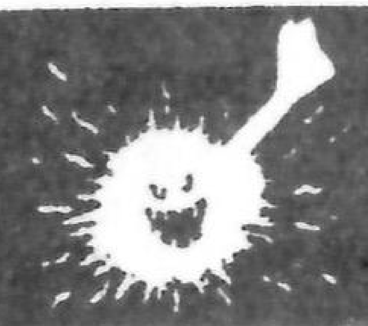
Im Falle einer Auflösung, des Scheiterns einer konkreten Nutzergruppe wird das Objekt einer anderen Nutzergruppe zur Verfügung gestellt.
Im Falle einer völligen Auflösung der Gesamtstruktur werden die eingezahlten Anteile aus der Konkursmasse anteilmäßig an die Geldgeber zurückgezahlt oder an andere ähnliche Organisationen gespendet.

****

Noch Fragen? Noch Interesse?

Projektgruppe: Alternative Ökonomie Aguas Calientes
Kontakt und weitere Infos: 03362 / 88 22 30

****



Bericht vom Koordinierungstreffen am 28.3.99 für einen Castor-Transport vom AKW Lingen

Anwesende Gruppen:

Autonome Anti-Atom-Gruppe Lingen, WigA Münster, BI „Horstmar gegen Atommüll",
Hüttendorf gegen die A33 Borgholzhausen, Einzelpersonen

Tagesordnung:

1. Aktuelle Gerüchte und Einschätzungen
2. Transport-Vorbereitungen
3. Aktionstag in Lingen

1. Aktuelle Gerüchte und Einschätzungen

Die Ankündigung von Trittin, dieses Jahr würde kein Castor mehr fahren, wurde allgemein als nicht ernstzunehmen betrachtet. Trittin hatte ja schließlich auch das Verbot der Wiederaufarbeitung bis 2001 erklärt, aus dem bekanntlich nichts wurde. Ansonsten herrschte die Einschätzung vor, daß zuerst dort transportiert würde, wo es nicht mehr anders geht, d.h. wahrscheinlich nicht von Lingen aus (Aktuell: Mittlerweile hat Trittin erklärt, daß noch dieses Jahr die Voraussetzungen für Rücktransporte von La Hague nach Gorleben geschaffen werden sollen). Dennoch soll natürlich weiter für einen Transport vom AKW Lingen geplant werden, da Lingen so oder so früher oder später mit einem Transport an der Reihe ist.
Gerüchte über einen Castor-Transport von Rossendorf nach Ahaus haben sich nicht bestätigt. Obwohl Radio und dpa berichteten, in Rossendorf seien 17 Behälter beladen, kam die Info aus Rossendorf, daß von den geplanten 17 Castoren erst zwei beladen seien, und die mobile Beladestation (Trockenbeladung) nun erstmal nach Hannover gebracht worden sei. Das Gerücht kam daher, daß die zwei Behälter auf LKWs verladen worden waren. Dies geschah aber nur, um sie in die Bereitstellungshalle zu bringen.
Wie schon auf dem letzten Treffen wurde ein Transport von Lingen nach Ahaus wegen der politischen Brisanz erstmal für unwahrscheinlich gehalten, obwohl diesbezüglich ein Antrag der Betreiber vorliegt. Mit der WAA Sellafield haben die Betreiber einen Vertrag über 240 Brennelemente. 210 sind bisher dort. Im Abklingbecken des AKW ist noch Platz bis ca. 2001.

mögliche Transportwege:

Ohne Alternative ist die Transportstrecke bis Rheine. Dort teilt sich die Strecke in Richtung Münster oder Osnabrück. Bei einem Transport nach Ahaus ist es wahrscheinlich, daß über Münster gefahren wird, da der Umweg sonst zu groß wäre. Der Transport muß aber auch in diesem Falle nicht unbedingt durch Münster fahren; es gibt eine Gütertransportstrecke, auf der das Stadtgebiet umfahren werden kann. In diesem Falle müßte der Transport schon in Rheine abbiegen (über Lengerich).
Der Umweg in Richtung Norden wurde auch bei einem Sellafield-Transport als eher unwahrscheinlich erachtet, der Transport muß in diesem Falle über Leer und Oldenburg, und dann wieder Richtung Süden fahren.

2. Transportvorbereitungen

Aufgrund der kurzen Fahrtstrecke bis Münster oder Osnabrück soll versucht werden, daß der Transport möglichst früh gestoppt wird, damit Zeit für die Mobilisierung an die Strecke gewonnen wird. Wir gehen von einer Vorwarnzeit von mindestens 48 Stunden aus (wegen der politischen Brisanz), und wollen uns zunächst darauf konzentrieren, Strukturen zu schaffen, die wir in dieser Zeit an den Start bringen können. Wenn es keine Vorwarnzeit gibt oder der Termin vorverlegt wird, sind die Planungen eh hinfällig.
Bei der BuKo-AG „nächster Castor" gab es den Vorschlag, die Standorte auf Bereiche zu verteilen, für die dann die Vorbereitungen getroffen werden sollen, um diese bundesweit zu vereinfachen. Dies soll bei den weiteren Vorbereitungen für Lingen berücksichtigt werden.

konkreter Stand der Vorbereitungen zu einem Lingen-Transport:

Auf dem ersten Treffen wurde eine Liste mit Punkten erstellt, die vorbereitet werden müssen. Bei einigen dieser Punkte gibt es bereits Konkretes zu berichten, einige Sachen sind noch unklar.

- Kurz hinter Lingen soll ein Camp eingerichtet werden. Eine Wiese wird gerade gesucht. Hierfür sollen „schmale" Campstrukturen vorbereitet werden. Wir gehen davon aus, daß wir vor allem bei einem WAA-Transport nicht mit besonders vielen Leuten rechnen können, gerade auch, wenn Lingen nicht der erste Transport ist. Deshalb soll darauf geachtet werden, daß nicht zu viele Leute in die Vorbereitung und Organisierung eingebunden sind, und deshalb nicht mehr an die Strecke können. Wegen der Gefahr einer möglichen Campräumung sollen Infostrukturen usw. von den Campstrukturen getrennt werden.

- weitere Mobilisierungspunkte: Rheine, Münster und Osnabrück. An diesen Stellen sollen Infopunkte eingerichtet werden. Hier soll es keine Camps geben, die Leute sollen dezentral untergebracht werden. Bisher gibt es lediglich für Münster die Zusage, eine Pennplatzbörse zu machen.

- Streckenbeobachtung: In Münster und Osnabrück kann gewährleistet werden. daß geguckt wird, wo der Transport langfährt. Unklar ist noch die Streckenbeobachtung in Lingen und Rheine. Gerade hier ist eine gute Streckenbeobachtung wichtig; in Lingen, um mitzukriegen, wann der Castor losfährt und in Rheine wegen der Richtung, die der Transport dort einschlägt (Münster oder Osnabrück).

- Ermittlungsausschuß: Es läuft eine Anfrage beim EA in Münster. Wegen überregionaler EA-Strukturen soll die BuKo abgewartet werden.

- Infotelefon: Für Münster kann ein Infotelefon im Umweltzentrum (UWZ) eingerichtet werden. Bezüglich eines Infotelefons für einen größeren Bereich soll auch hier die BuKo abgewartet werden.

- Infopunkte/mobile Infotische: Eine Infostelle wird im UWZ Münster eingerichtet. Für alle anderen Orte ist die Infosrtuktur noch unklar, es laufen verschiedene Anfragen. Allgemein ist beabsichtigt, ausreichend Infopunkte an den Standorten (Lingen/Rheine/Münster/Osnabrück)einzurichten. Diese Infostellen sollten mobil sein.

- Pressearbeit: Für überregionale Pressearbeit soll die BuKo abgewartet werden. Bezüglich regionaler Pressearbeit läuft eine Anfrage beim AStA in Münster

- Volxkücke: Die VoKü für das Lingener Camp kann das Hüttendorf Borgholzhausen übernehmen. Hier gibt es auch einen Generator und Wassertank für das Camp. An den anderen Orten erschien eine VoKü als nicht unbedingt notwendig, in den Städten können sich die Leute zur Not auch selbst versorgen.

- MelderInnenstruktur: Soll mit Infostruktur verbunden werden, um nicht zu viele Leute einzubinden. Es wurde angedacht, daß Leute, die mit Handys anreisen sich bei den Infostellen in Listen eintragen können, um sich so als MelderInnen „anzumelden". Eine solche Vorgehensweise bietet einige Vorteile. Es sind keine zusätzlichen Leute eingebunden, die sich nur als MelderInnen betätigen. Außerdem ist eine solche Struktur schwerer von den Bullen zu kontrollieren. Allerdings sind auch einige Probleme zu berücksichtigen. Wie lassen sich z.B. Gerüchte und Falschmeldungen vermeiden? Wie kann verhindert werden, daß sich irgendwelche Zivibullen als MelderInnen eintragen? Es muß außerdem gewährleistet werden, daß die Infos auch an Leute, die Aktionen machen wollen, weitergeleitet werden können usw.

- Sanis: Unklar, meist bringen Leute ihr Sanizeug selbst mit. Darüberhinaus laufen verschiedene Anfragen.

- Es soll eine Telefonkette aufgebaut werden, um bei einem kurzfristigen Transport schnell Alarm auslösen zu können. Die ersten Nummern wurden bereits gesammelt. Bei der BI Ahaus soll angefragt werden, damit auch deren Telefonkette im Ernstfall ausgelöst werden kann. Wer mit auf die Liste will, kann uns seine/ihre Nummer mitteilen.

- Finanzen: Es wurde überlegt, wie mensch an Geld kommt, um den Verteiler des Treffens und die Vorbereitungen zu finanzieren. Verschiedene Möglichkeiten wurden angesprochen, allerdings ohne konkretes Ergebnis. Einige Anfragen laufen, es wird weiter überlegt.

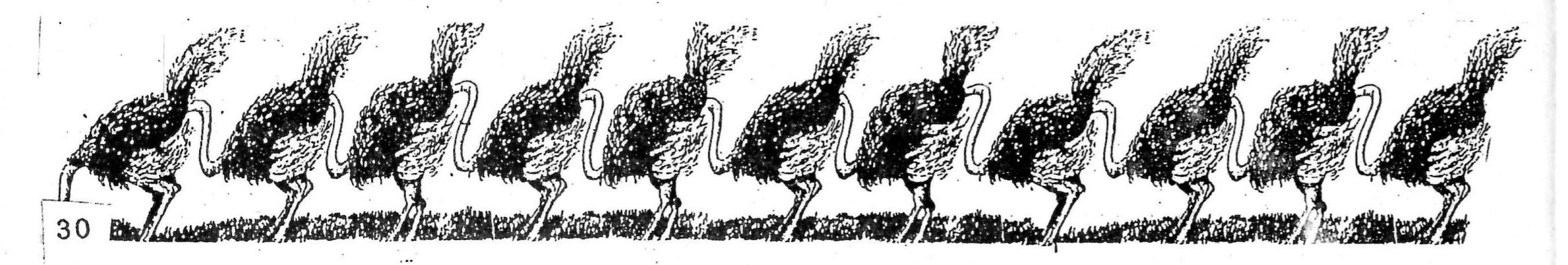
Bei all dem ist noch unklar, inwieweit sich X-tausendmal quer sich konkret in die Campvorbereitung einbringen will. Leider war diesmal keinE X-quer-VertreterIn anwesend.

3. Aktionstag in Lingen

Der Termin für einen Aktionstag, der vom Vernetzungstreffen Lingen auf den 26.6. festgelegt worden war, erschien allen Anwesenden als zu früh. Es soll versucht werden, den Termin noch zu verschieben, am besten nach dem Sommerloch.

Bericht: autonome Anti-Atom-Gruppe Lingen

Neue Kontaktadresse:
autonome Anti-Atom-Gruppe Lingen, c/o Wagenburg, Am Kohschultenhof 2, 49808 Lingen, Tel: (0172) 53 17 515
Spenden: Kreissparkasse Darme, Konto: 106 022 742, BLZ: 266 500 01



Grüner Kriegsparteitag:
vermutliches Berliner Vorbereitungstreffen am Sonntag, 9.5. um 19.30 im Mehringhof. Achtet auf Ankündigungen!

Third International Day Of Revolutionary Prisonners – Brussels – 26/06/99

Dear Fiends and Comrades,

The third international day of revolutionary prisoners takes place in Brussels on Saturday the 26th of june, 1999.

This manifestation in support of anti-imperialist, communist anarchist and antifascist prisoners from all around the world benefits from the experience of the first day in Brussels (97) and the second day in Gent (98). This year the meeting is seperated in two parts :

1°Meeting discussion between groups and delegations in order to improve the support of prisoners, in the first place by an amelioration of the corporation between groups and associations supporting prisoners. This discussion will take place from 10' till 11 at the venue « Pianofabriek ».

2° From 12' till 18 à' clock, in the hall « Zabriski Point » in the « Pianofabriek » : Meeting for a larger audience. Several spokepersons and delegations presents the situation of revolutionary prisoners in France, Germany, Belgium, Holland, Turkey, Kurdistan, Palestine, USA, etc.

Information stands offer publications and propaganda materials.

KULTURENCENTRUM PIANOFABRIEK
RUE DU FORT 35A
1060 BRUSSELS (Saint-Gilles)

Dear Friends and Comrades, we count on your presence at this day and for the promotion in your publications.

Solidary Greetings.



Anarchist Black Cross - Gent

Pb 244
9000 Gent

Belgique (seulement adresse svp)



Association des Parents et Amis des Prisonniers Communistes
Pb 6
St Gilles 1 - 1060 Bruxelles

Belgique

Danny Morrison



liest aus seinem neuen Buch:

"Aus dem Labyrinth"
Schriften zum Friedensprozeß in Nordirland

mit anschließender Diskussion zur aktuellen Lage in Nordirland.

Am 7.5.

um 19.00 Uhr

Ort: Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexander Straße 28

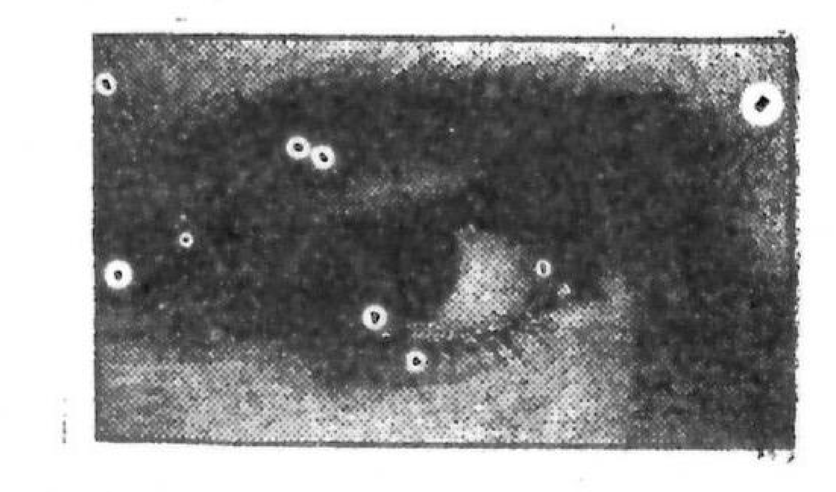
Eintritt: 5,00 DM

Veranstalter: FreundInnen Irlands Berlin / PDS

5 Min. Mobilisierungsfilm zur linksradikalen Demo gegen den Eu-Gipfel am 3.6.99 und den WWG in Koeln. Der Film teilt sich in zwei Abschnitte auf: 1.Hälfte,
...die Welt in der wir leben... (kurze Darstellung von Hunger, Krieg,Arbeitsverhaeltnisse und Unterdrückung)
2 Hälfte, ...muß nicht so bleiben wie sie ist... (Bildern von Befreiungbewegungen und Widerstand). In der der "bundesweiten Version" kommt neben den allgemeinen Aufrufen zum 3.6. und 19.6 nach Köln zu kommen, am Ende der Hinweis: Kartenvorverkauf an den bekannten Vorverkaufsstellen und hier!
Ihr könnt den Film gegen 15,- Vorkasse (incl. Porto)! unter der Addresse:

Infogruppe
c/o Infoladen Muenchen
Breisacherstr. 12
81667 Muenchen

oder bei unserer e-mail-addresse: nopeace99@yahoo.de bestellen.



Anarcho -Vegan - Cafe ab 18 Uhr immer Mittwochs

in der Köpi (Köpenickerstr 137,Bus 140,147,265,Ostbhf, U-Bhf Heinrich-Heine

Seit Dezember betreiben wir das Anarcho-vegan-cafe wöchentlich. Es söll eine nicht nur festgelegte größere Gruppe fructo zubereiten und vegan kochen. Wichtig ist uns die Voküstruktur in der Köpi am Rande Kreuzbergs zu stützen, weil wir sie ja auch nutzen. Außerdem wollen wir Gegenöffentlichkeit schaffen zur möglichen Räumungsentscheidung mit dem nächsten Zwangsversteigerungstermin für das "Kultur-von unten"-Projekt Köpi 137 der am 16.2 scheiterte

Motto : Wer in der Vokü speist macht da auch mal was! Auch wollen wir nicht nur tierrechtsbezogenen Info-veranstaltungen mit dem Mittwochscafe ein Forum geben.

mittwochs ab 18°° vegan-fructo-vokü;
ab ca. 19 UHR 30
mit Infoständen der Tierrechtgruppe BÄRTA u.a.

Film-Thema: die *vielseitige* ausbeutung der tiere

5.5.99 Tiertransporte
Lizenz zum Quälen 42 min, 96
Kopfgeld für Kälber 30 min, 97

12.5.99
Tiere im Kriegsdienst 60 min, 97
Zirkus Madness, 15 min

19.5.99 Tierversuche
Experiment Tierversuche, 45 min 91
Report Tierversuche 18 min, 84
Tiere in Todesangst 18 min

26.5.99
1994 34min
ALF- the movie 20 min
Kurzfilme zu Direkter Aktion 20 min

anschließend Brot und Gemüse gratis = Verschenkbörse

- Köpi 137, Schnippeln für veganes Rohkost/Fructo- gekochtes Essen, backen von leckeren vegane Torten etc. danach kleines Plenum ,Themen.
- Wer hat Lust seine Koch und Zubereitungserfahrungen auszuprobieren?
- Wer hilft mit beim Containern von Obst und Gemüse dienstags und freitags ab 18 Uhr,Treffpunkt M99 ?
- Wo sind noch kostenfreie Ökofoodbezugsquellen? (Wer verteilt das Containerfood damits nich' doch vergammelt ?)
- Wer organisiert/ besorgt für die Infoveranstaltungen interessante auch nicht nur tierrechtsorientierte aktuelle Info-Videos, Stellwände ?

